

Rundschreiben Nr. 20 – Februar 2018. Auch als Beilage zur Zeitschrift „Politische Berichte“ Nr. 2/2018.
V.i.S.d.P.: Wolfgang Freye. Windmühlenstraße 25, 45147 Essen. Email: w.freye@web.de.

INHALT	
ArGe-MV an 4.1.2018 in Erfurt, Protokoll.....	1
Vorbereitung Sommerschule	2
Winterschule 2018 – Berichte	
Materialverzeichnis	2
Zur Einleitung. Martin Fochler	2
„Verheißung und Erlösung“ und der deutsche Nationalismus, KARL-HELMUT LECHNER	3
Die drei Deutschen Hegemonialkriege 1864 bis 1871, KARL-HELMUT LECHNER	5
Argumente gegen Nationalismus: „Öffnung“ und „Schließung“ bei Max Weber. RÜDIGER LÖTZER	6
Nationalstaat und Weltgesellschaft. Wie die Diskussion begonnen hat. Textauszüge. EVA DETSCHER, MARTIN FOCHLER	7
- Das „Sperrsystem“ – Ein Streitpunkt von Anfang an	8
- „Von den wirtschaftlichen Lehren der französischen Revolution. Kosmopolitisch in der Theorie, beschränkend in der Übung“	9
- Deutsches Ausbuchstabieren des Nationalstaats	10
- Weltausstellung 1851 – Weltwirtschaft – Arena des Wettbewerbs	11
- Abhängigkeit/Unabhängigkeit von Kolonien	12
- Nationalstaat und Produktivkraft – etwas aus der deutschen Diskussion ..	12
Karl Marx: Rede über die Frage des Freihandels. RÜDIGER LÖTZER	13
ArGe-Themen:	
Das Leben der Einzigartigen. Feine Unterschiede im 21. Jahrhundert. Lektürebericht von BRUNO ROCKER	14
Religionspolitische Tagung der rls. Tagungsbericht von KARL HELMUT LECHNER	16

Protokoll der Mitgliederversammlung „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – soziale Befreiung (ArGe)“ am 4.1.2018 in Erfurt

An der Mitgliederversammlung nahmen 14 Genossinnen und Genossen teil, davon 11 Parteimitglieder.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Tagesordnung
2. Bericht zur aktuellen Situation der ArGe
3. Vorbereitung der Sommerschule
4. Wahl der Sprecher/innen der ArGe
5. Wahl von Delegierten mit beratender Stimme für den BPT 2018/2019
6. Verschiedenes

Sitzungsleitung: *Brigitte Wolf*
Protokoll: *Hanne Reiner*

1. Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen. TOP 3 wird nachträglich ins Protokoll eingefügt, da Themen erst am Samstag besprochen werden können.

2. Bericht zur aktuellen Situation der ArGe

Die Anerkennung der ArGe als bundesweiter Zusammenschluss gilt bis Ende 2018. Dann müssen erneut aktuelle Mitgliederzahlen vorgelegt werden. Da die Mitgliederzahlen der Partei insgesamt steigen, werden wir ebenfalls neue Mitglieder gewinnen müssen, um die Quote (1/200 oder 0,5%) zu erfüllen. Um als Zusammenschluss anerkannt zu werden, müssen wir in 8 Landesverbänden diese Quote erreichen.

– Wolfgang Freye hat die Finanzberichte für 2016 und 2017 vorgelegt. In 2016 haben wir den Zuschuss des Parteivorstandes nicht ausgeschöpft, in 2017 dagegen überzogen.

Es wird jedoch davon ausgegangen, dass dies unschädlich ist. Für 2018 stehen uns wieder 1900 Euro zur Verfügung.

In der MV in der Sommerschule soll ein Zwischenstand über die Aus- und Einnahmen vorgelegt werden.

– Ein Bericht vom letzten Treffen der bundesweiten Zusammenschlüsse steht im ArGe-Rundbrief 19/2017.

3. Vorbereitung der Sommerschule 2018

Die Sommerschule findet vom 9.-11. August statt.

Es wird allgemein eine Fortsetzung des Themas gewünscht. Vermutlich wird es deshalb wieder einen gemeinsamen Kurs geben, abhängig von der Teilnehmerzahl.

Arbeitstitel: Staatsbildung und Friedenspolitik in der Theoriebildung der Arbeiterbewegung. Darüber hinaus regt Rosi an, sich mit der AfD-Forderung nach Volksentscheiden gemäß Schweizer Vorbild auseinanderzusetzen und bittet um Meldung bei Interesse an Unterstützung.

4. Wahl der Sprecher/innen

Brigitte Wolf und Wolfgang Freye stellen sich erneut zur Wahl. Weitere Kandidaturen gibt es nicht. Die Wahl erfolgt auf Antrag offen. Beide werden einstimmig, ohne Enthaltung, wiedergewählt und haben die Wahl angenommen (14:0:0).

5. Wahl von Delegierten mit beratender Stimme für den BPT 2018/2019

Die ArGe kann 2 Delegierte mit beratender Stimme zum BPT entsenden. Es wird eine Wahlkommission gebildet, ihr gehören an: *Rolf Gehring, Rüdiger Lötzer, Hanne Reiner*.

In geheimer Wahl werden gewählt:

Brigitte Wolf und *Wolfgang Freye* einstimmig als Delegierte (10:0:0, 1 ungültige Stimme).

Ulrike Detjen und *Thorsten Jannoff* als stellv. Delegierte einstimmig (11:0:0).

Alle vier nehmen die Wahl an.

Das offizielle Wahlprotokoll wurde am 18.1.2018 in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin abgegeben.

6. Sonstiges

Hanne regt an, über die Häufigkeit der Schulen nachzudenken, da es bezüglich der Teilnehmerzahlen tendenziell einen Rückgang gibt. Es gibt jedoch auch Argumente, die den jetzigen Tagungszyklus beibehalten wollen. Eine Diskussion darüber soll im Sommer stattfinden.

Für die Richtigkeit: *Hanne Reiner, Brigitte Wolf*

Winterschule 2018. Übergreifendes Thema: **Der Nationalismus im Zeitalter der deutsch-französischen Kriege der Moderne. Seine Rechtfertigungslegenden in Staatsphilosophie, Religionen und Ökonomie des 19ten Jahrhunderts.** Wir verständigten uns, die Themen in einem gemeinsamen Kurs abzuhandeln. Im Faksimile ist das Inhaltsverzeichnis der Kursunterlagen, der komplette Materialordner kann angefordert werden. Es folgen Berichte über die Diskussion.

Winterschule 2018 – Lektüreliste

Lektüre für Donnerstag:

1| Thema: **Wirtschaftliche Beziehungen der Gemeinschaften.** Vorbereitung: Rüdiger Lötzer. (ca. 8 Seiten A4) Zur Einleitung aus Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Kapitel II., *Wirtschaftliche Beziehungen der Gemeinschaften (Wirtschaft und Gesellschaft) im Allgemeinen* § 1. Wesen der Wirtschaft. Wirtschafts-, wirtschaftende und wirtschaftsregulierende Gemeinschaft, § 2. »Offene« und »geschlossene« Wirtschaftsbeziehungen ... Internetfundstelle u.A. bei www.zeno.org

2| Nation und Bekenntnis. Text 1: Michael Klein **Historische Entstehung der modernen Nation.** Text 2: Sabine A. Haring **Verheißung und Erlösung.** Vorbereitung Karl Helmut Lechner. Literaturangabe siehe Bericht Seite 4.

Lektüre für Freitag:

3| WIRTSCHAFT UND GRENZEN. J.A. Blanqui, *Geschichte der politischen Ökonomie in Europa.* Text 1: „**Von dem Ministerium Colberts und seinen wirtschaftlichen Folgen**“, Text 2: „**Von den ökonomischen Lehren der französischen Revolution.**“ ... „**Kosmopolitisch in der Theorie, beschränkend in der Übung**“ (AB, Bd. 2, S. 132 bis 144). Vorbereitung Martin Fochler. Fundstelle u.A.: Gogle Suche >mehr, >Bücher; Suchtext: Blanqui *Geschichte der politischen Ökonomie in Europa*

4| Grenzen B: **Handelsstaat und geschlossene Grenzen.** Text: Johann Gottlieb Fichte. **Der geschlossene Handelsstaat. Ein philosophischer Entwurf als Anhang zur Rechtslehre und Probe einer künftig zu liefernden Politik.** Fundstelle u.A.: Google Suche >mehr, >Bücher; Der geschlossene Handelsstaat

5| **Kosmopolitisch / Kolonialistisch.** Text 1: Blanqui, zur **Weltausstellung 1854.** Vorbereitung Martin Fochler. Fundstelle u.A. Google Suche >mehr, >Bücher; Suchtext: Briefe über die Welt-Industrie-Ausstellung in London.

Text 2, Frankreich, Say, zur Frage der **Abhängigkeit/Unabhängigkeit der Kolonien.** Vorbereitung Martin Fochler. Fundstelle u.A. Google Suche >mehr, >Bücher; Suchtext: Say *Vollständiges Handbuch der praktischen National-Ökonomie*

6| **Schutzölle und Produktivkraft der Arbeit.** Text: List, *Das Nationale Sytem der Politischen Ökonomie*, Bd. 3, 2. Buch: Die politische und die kosmopolitische Ökonomie, 12 Kapitel, **Die Theorie der produktiven Kräfte und die Theorie der Werte.** S. 142-157. Vorbereitung: Martin Fochler. Fundstelle u.A. Google Suche >mehr, >Bücher; Suchtext: List, *Das Nationale Sytem der Politischen Ökonomie*

7| **Die Internationale zu Zollgrenzen / Freihandel.** Karl Marx, Rede über die Frage des Freihandels, gehalten am 9. Januar 1848 <(1885, 1892 u. 1885) irrümlich: 1849> in der Demokratischen Gesellschaft zu Brüssel / Friederich Engels, *Schutzzoll und Freihandel*, [Vorwort zur amerikanischen Ausgabe von Karl Marx' „Rede über die Frage des Freihandels“]. Vorbereitung: Rüdiger Lötzer, Christoph Cornides. Fundstelle u.A.: http://www.mlwerke.de/me/me21/me21_360.htm.

Lektüre für Samstag:

8| Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Dritter Band. **Von der «Deutschen Doppelrevolution» bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914.** Verlag C.H.Beck München. Text: **Die drei Hegemonialkriege:** Die Allianz zwischen preußischer und liberaler Nationalbewegung. Text 2 abd. Norddeutscher Bund Reichsgründung.

Die Textauszüge, die in Kopie vorlagen, können als *.zip Datei angefordert werden.

Schlussdiskussion: Weitere Arbeit am Thema. Festlegungen zur Berichterstattung.

ArGe Winter 2018, Erfurt, 4. bis 6. Januar.

Zur Einleitung

(Konzept, überarbeitet)

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Der Aufschwung separatistischer Bewegungen in gereiften Industriegesellschaften, damit verbunden, aber nicht identisch das Vordringen völkisch-identitärer Parteien in Parlamente und Regierungen sowie die Praxis verstärkter polizeilich-militärischer Abgrenzung der Staaten und Staatenbündnisse gefährden auch in Europa demokratische Rechte und soziale Errungenschaften. Inzwischen zeigen sich bei Wahlen und Abstimmungen mächtige Kräfte, die nach kultureller und politische Ab- und Ausgrenzung streben, und es kommt sogar zu Mehrheitsbildungen. Die politischen Ideen, die den in diese Richtung treibenden Kräften Identität stiften, stehen in weit zurückreichenden Traditionslinien des Nationalismus und auch des Nationalsozialismus. Der Erste und der Zweite Weltkrieg erwiesen die Untauglichkeit solcher Leitbilder für die Gestaltung zwischenstaatlicher wie innerstaatlich-gesellschaftlicher Beziehungen in industriellen, arbeitsteilig verflochtenen Welt. So wurde in der zweiten Hälfte des 20-ten Jahrhunderts weltweit das politische Leitbild der offenen Gesellschaft als Gehäuse freierer Lebensgestaltung zum Trend. Politische Demokratie, soziale Emanzipation, Freiheiten der Lebensgestaltung fanden in weiten und wachsenden Teilen des politischen Spektrums Anerkennung. Allerdings kontern die Realitäten, die Entwicklungen der Märkte, des Verwaltungshandelns, der Gesetzgebung und schließlich auch der weltweiten Beziehungen die an jene Ideen geknüpften Erwartungen. Wenn die leitenden Ideen in der praktischen Politik nicht identifiziert werden können, verblasst ihr Geltungsanspruch, die Parteien, deren eine Aufgabe die Hege jener Ideen ist, verblasen mit, Loyali-

Bei der Sommerschule vom 9. bis 11. August 2018 in Erfurt wollen wir am Thema „**Nationalismus – Rechtfertigungslegenden in Staatsphilosophie, Religionen und Ökonomie**“ weiterarbeiten.

Geschichtlich unter Stichworten wie „Emanzipationsinteresse und Bindung an den Sozialstaat“; „Entstehung und Scheitern der Friedensbewegungen“; „Ideen zu vertraglicher Ordnung der Staatenwelt, Völkerbund, Einigung Europas“, „1870/71 bis 1914“:

Aktuell mit Blick auf die Frage nach dem Zusammenhang sozialer / kultureller Milieus und Parteien / Bewegungen angesichts der Instabilitäten der Parteiensysteme in den Staaten Europas (siehe dazu auch den Lektürebericht von B. Rucker auf Seite 14/15 d. Ausgabe), fällig ist auch eine Auseinandersetzung mit den auf „Heimat“ und „Leitkultur“ bezogenen Sammlungsbewegungen, die Gegenstand der Innenpolitik geworden sind. Wie ersichtlich, ist der Stand der Vorbereitung noch vage. **Wer mitwirken möchte**, wende sich bitte an: Eva Detscher, eva.detscher@web.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com; Karl-Helmut Lechner, Karl-Helmut.Lechner@wtnt.net

täten brechen weg und im politischen Wettbewerb zeigen sich Verschiebungen. Die politischen Tatsachen bzw. Taten suchen sich ihre Rechtfertiger, und die Logik solcher Rechtfertigungslegenden treibt das Handeln weiter.

Parteien wie politische Bewegungen und Strömungen werden von Traditionen des Denkens und Handelns getragen. Uns stellt sich die Frage, wie es zugeht, dass die politische Linke, die sich im langen 19-ten Jahrhundert als internationale Bewegung für soziale Rechte und politische Gleichberechtigung konstituiert hat, solche Schwierigkeiten hat, politische Konzepte für die aktuelle Gestaltung der Beziehungen zwischen Staaten und innerhalb der Staaten für das Zusammenleben Unterschiedlicher hat. Ein Grund könnte sein, dass kulturelle, soziale und politische Grenzen nicht nur Zugehörigkeit/Nichtzugehörig bzw. Einschluss/Ausschluss organisieren, sondern eben auch Fenster, Übergänge, Durchlässe, Tunnel. Leitende Ideen wie „klassenlose Gesellschaft“ oder „grenzenlose Welt“ motivieren zwar, Übergänge zu bauen und Durchlässe zu weiten, sie öffnen aber nicht den Blick für die Gründe, denen solche Grenzziehungen Entstehung und Bestand verdanken. Man hilft sich mit dem Befund, es handele sich um Relikte, Überbleibsel früherer Gesellschaftsorganisation und wundert sich, wenn solche, dem Begriff nach haltlose Einrichtungen sich als äußerst zählebiger erweisen, selbst nach erfolgter gesellschaftlichen Ächtung schattenhaft weiterleben und sogar auferstehen können.

Das Modell der ewigen Differenz zwischen gutem Willen und schlimmen Lauf der Welt ist von den Religionen besetzt, die Linke als Akteur in dieser Welt kann sich nur halten, wenn ihre Ideen in die Gestaltung der Welt einfließen. Die Linke, auch die sozialistische Linke, muss sich, das wäre die These, mit der Problematik der Grenzen – in der sozial gegliederten Welt zwischen den Milieus und Meinungsclustern und, in der globalen Welt, zwischen den Staaten und Kulturkreisen auseinandersetzen, sie kann sie nicht verschwinden lassen, aber hier zivilisieren, dort durchlässig machen und schließlich auch Bereiche finden, wo sie tatsächlich – im übergreifenden gesellschaftlichen Konsens – eingeebnet werden können.

Die neue nationalistisch-identitäre Politik, dies eine allgemeine Merkmal weist sie überall auf, operiert in Sachen Grenzen zweigleisig. Zugänge werden versperrt und Menschen werden ausgegrenzt aber: mit dem ausdrücklichen Ziel Gemeinschaft zu stiften. In Deutschland steht diese Strategie in der Nachfolge der NS-Volksgenossenschaft, sie hat jedoch viele Spielarten und kann ihre Traditionen ohne Mühe in die Zeit der bürgerlichen Emanzipation von Adelherrschaft und dynastischer Staatsorganisation zurückverfolgen. Das Stichwort lautet: Verteidigung der Freiheit.

Um dem Selbst- und Sendungsbewusstsein der heutigen Nationalisten oder „Identitären“ zu begegnen, ist Nachdenken über Funktion und Leistungen des Nationalstaates und seiner Propagandisten nötig, die sich beim Übergang von der alten dynastisch legitimierten zu der neuen, nationalstaatlich geordneten Welt zeigen. Es ist nicht leicht, sich diese Zeit zu vergegenwärtigen. Schon den Worten zur Beschreibung der politischen Konflikte in und zwischen den dynastisch geordneten Gesellschaften des alten Europa fehlt der Erfahrungshintergrund.

Die Verfügung über die Untertanen in Folge von Erbteilung, Heirat, Bruderkrieg, Verpfändung, Fehdeunwesen, Zöllen an jedem Engpass und jeder Brücke, Vollzug der politischen Macht durch privilegierten Adel, Leibeigenschaft bezeichnen eher Sagenhaftes.

Nun hatten auch jene Verhältnisse, die ein langes Jahrtausend die politischen Strukturen in Europa formten, ihre spezifische Logik und Wirksamkeit. Die Gestaltung des sozialen Lebens auf der Grundlage arbeitsteiliger, im Einkauf wie Verkauf auf Marktbeziehungen gegründeter Produktion, konnten sie nicht regulieren.

Es entsteht eine Aversion gegen Grenzen, Abschottung und Einengung des persönlichen Handlungsraums, eine neue Ordnung der Normen und ihres territorialen Geltungsbereichs war fällig. Es kommt zu einer Paradoxie: Um die Aufhebung von Einschränkungen und Abgrenzungen im Inneren eines Gebietes zu gewährleisten, müssen dessen Außengrenzen markiert und wie am Beispiel der Schweiz, der USA, Frankreichs überdeutlich, gegen wütende Angriffe der Repräsentanten der alten Ordnung verteidigt werden

Gebieten / Gebiet: Herrschaft von Menschen über Menschen ereignet sich in Gebieten: Gebieten suchen ihre Grenzen und finden sie in benachbarten Gebieten. Die geschichtliche Welt gliedert sich in Herrschaftsräume, die zu keinem Zeitpunkt hermetisch voneinander getrennt werden konnten, weil in den Gesellschaften eines solchen Gebiets stets kulturelle, soziale und wirtschaftliche Verbindungen zu anderen Teilen der Welt bestanden. Grenzen werden überschritten, und besonders der Handel verlangt nach sicherem Geleit und gebahntem Weg. Zölle und Mauten, zu leisten in Sachen oder Geld, erhoben als berechnete Taxe oder gegeben als geschätztes Geschenk, sind uralte Einrichtungen und Keimzelle des Steuerwesens und früh schon wird der Einfluss entdeckt, den Einfuhrerlaubnis und Zollbelastung an den Grenzen auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Gebietes nehmen können. Auch kulturelle Güter, Ideen zur Lebensgestaltung brauchen einen Ort, an dem ihre Werte gelten. Auch sie werden über die Gebietsgrenzen hin kommuniziert und wirken auf die Bildungsprozesse der öffentlichen Meinung und die Organisation des gesellschaftlichen Lebens andernorts. Der Transfer gelingt nicht ohne Regeln.

Die nationalistischen Ideen der heutigen Identitären greifen, weil sie sich in den Mantel der Verteidigung gewohnter und gegebener Freiheiten und materieller Sicherheiten kleiden. Sie geben das Leitbild der Menschlichkeit auf und ersetzen es durch die Vorstellung von „Identität“, dieser ursprünglich für einzelnen Menschen und zur Legitimation von Selbstbestimmung entwickelte Begriff soll politische Zugehörigkeit bezeichnen. In ihrer eigenen Propaganda kehren die Identitären den kritischen Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ einfach um („Inländerfreunde“ u.Ä.). Es ist nicht zu übersehen, dass diese Verkehrung auf Ablehnung auch bei Konservativen, Liberalen, religiös Gebundenen erfährt.

Bei der Sichtung des Materials zum Thema Nationalismus haben wir gefunden, dass auch diese Konflikte seit langem bestehen, die Konfliktlinie verläuft nicht einfach zwischen Nationalisten/Internationalisten. Wo verläuft sie dann?

www.LINKE KRITIK.de HOME	VEREIN für POLITISCHE BILDUNG, LINKE KRITIK und KOMMUNIKATION				
	Zeitschriften AKTUELL	Gesammelte Jahrgänge	Redaktions-Werkstatt	Projekt-WEGEMARKEN	SUCHEN
	Politische Berichte	Linke-ArGe-Rundschreiben	Linkekritik-Ergeb. u. Mat.	Externe Periodika/Reihen	

Die „Politischen Berichte – Zeitschrift für linke Politik“ stehen der ArGe zur Veröffentlichung von Beiträgen aus ihren Diskussionszusammenhang bzw. zu Berichten über geförderte Projektoffen. Die Druckfassungen der ArGe-Rundschreiben werden den entsprechenden Ausgaben der Monatszeitschrift beigelegt. Auf der Internetseite des Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikatin – www.linkekritik.de – werden PDF-Fassungen aktuell aufgenommen, ältere Ausgaben stehen im Bereich „Gesammelte Jahrgänge“ zur Verfügung

„Verheißung und Erlösung“ und der deutsche Nationalismus

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Für Frau Haring ist der Nationalismus, ebenso wie später im 20. Jahrhundert der Nationalsozialismus und der Stalinismus, eine weltliche Ersatzbildung für Religion. Deren Funktionsweise und das „warum“ ihres „Funktionierens“ will sie ergründen. Sie nimmt zunächst die Debatten der vergangenen Jahre zum Thema Religion und Gesellschaft auf und beschreibt, wie diese heute von durchaus widersprüchlichen Zeitdiagnosen geprägt sind. Beispielsweise galten Säkularisierungsthesen lange Zeit als selbstverständlicher Konsens, heute sind vermehrt Beschreibungen wie jene vom „Megatrend Spiritualität“, von der „Rückkehr der Religion(en)“ und ähnlich zu lesen.

Ein vergleichbarer Widerspruch ist angelegt, wo man mit der „Entzauberung der Welt“ als Grundzug der Moderne – um Max Webers Redeweise aufzugreifen – zunehmend auch Aspekte einer „Wiederverzauberung“ meint wissenschaftlich feststellen zu können. Die nähere Konkretisierung solch oft überfliegerisch formulierter Thesen kommt in der religionswissenschaftlichen Literatur meist über beindruckende Einzelbeispiele, die die eine oder andere Diagnose beim ersten Hinsehen scheinbar stützen, nicht hinaus. Auch weckt die dabei verwendete Begrifflichkeit bereits einen Verdacht: Denn der scheinbar allgemeingültige, aber undifferenzierte Verweis auf „die Religion(en)“ ist selbst ziemlich problematisch. Gibt es doch in den Religionswissenschaften nicht wirklich eine allgemeine Definition von „Religion“.

Anders in dem von uns in kurzen Abschnitten gelesenen Buch. Sabine A. Haring unternimmt es, in ihrem Buch „Verheißung und Erlösung“ einige „ideengeschichtliche und theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Religion und ihren weltlichen Ersatzbildungen“ anzustellen. Ihr geht es darum auf die „Isomorphien“, also „Gleichgestaltigkeit“ von Religionen, besonders des Katholizismus, und den politischen Massenbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts hinzuweisen, sie zu analysieren und darzustellen.

In ihrem dicken, 649 Seiten umfassenden Buch, obendrein versehen mit 1883 teils ausladenden Anmerkungen, vergleicht sie sowohl die Inhalte als auch die Funktionen von Religionen und ihrer säkularen Ersatzbildungen. Identitätsstiftung, Handlungsführung, Kontingenzbewältigung, Sozialintegration seien die zentralen Funktionen von beiden: sowohl von Religionen als auch von deren Ersatzbildungen.

Auf unserer Winterschule interessierten uns zwei von Frau Haring behandelte Beispiele des 19. Jahrhunderts: Die „säkulare Religion“ in Gestalt des merkwürdig religiösen Positivismus Auguste Comtes sowie der deutsche Nationalismus. Zu finden auf den Seiten 429 ff. Das gelesene Kapitel hat die Überschrift: „Das ‚lange 19. Jahrhundert‘ und seine säkularen ‚Religionen‘: Positivistische Weltanschauung, Marxismus und Nationalismus“.

Den Texten des Buches vorgeschaltet sind kurze Kapitel über einige wichtige religions-, geistes- und profangeschichtliche Rahmenbedingungen der jeweiligen Epoche.

Leider nicht lesen konnten wir die in diesem Buch erörterten Bewertungen dieser Vorgänge, die Frau Haring als einen jahrhundertelangen, nicht abgeschlossenen Prozess der Säkularisierung beschreibt. Er bedeutet nach Frau Sabine A. Haring auf der Makroebene den Verlust der Bedeutungs- und Legitimationsfunktion der christlichen Kirchen. Sie nennt das die „objektive Säkularisation“, einen von ihr mit Max Weber so benannten „zunehmenden Prozess der Entzauberung“. Auf der Mikroebene des Individuums dagegen bezeichnet sie diese gesellschaftliche Entwicklung als eine Säkularisierung des individuellen Bewusstseins: die „subjektive Säkularisierung“, beides Phänomene, die so nur in Europa zu beobachten seien.

Angenehm an der Darstellung von Frau Haring ist, dass Säkularisierung weder als zu feiernder Ausbruch aus geistigen Abhängigkeiten noch als bedauerliche Verfallsgeschichte gedeutet wird. Diese ideologischen Bewegungen als quasi-religiöse Ersatzbildungen, bisweilen bezeichnet Frau Haring sie auch als „politische Religionen“, boten damals den Menschen Weltanschauungen an, die letztendlich unvereinbar waren mit anderen Konzeptionen

der Weltsicht, vor allem mit den existierenden religiösen Traditionen. Sie beanspruchten den Platz, den die überlieferte Religion in der Vergangenheit eingenommen hatte. Neben der Übernahme „religiöser Inhalte“ wie Dogma, Apokalypse und Eschatologie, Messianismus und die Konstruktion eines „Neuen Menschen“, erfüllten diese Bewegungen sowohl für die Gesellschaft und als auch für das Individuum bestimmte, von traditionellen Religionen übernommene Funktionen.

Methodisch ist das Werk im I. Teil einem philosophie- und wissenschaftshistorischem bzw. ideengeschichtlichen Zugang zu seinem Thema verpflichtet. Im II. Teil, von dem wir Auszüge gelesen haben, treten literatursoziologische und mentalitätsgeschichtliche Aspekte stärker in den Vordergrund. So, wenn von Sabine A. Haring die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte insbesondere des deutschen Nationalismus in seiner Funktion als Religionsersatz anhand literarischer Produkte der Zeit beschrieben werden. In weiteren Teilen ihres Buches beschreibt sie auch die quasi religiöse Funktion des (Vulgär-)Marxismus des 19. Jahrhunderts, des Nationalsozialismus und Stalinismus. Es gelingt Frau Haring, sehr beeindruckende Zeugnisse und Belege dafür zusammenzutragen, wie säkulare Philosophien, Kommunismus bzw. Marxismus, Nationalismus und Nationalsozialismus auf manche, man muss leider schon sagen viele Menschen religionsähnliche Faszination und Beeinflussung ausüben und zu Massenbewegungen werden konnten.

Leider ist das sehr materialreiche und spannend zu lesende Buch in den meisten deutschen Bibliotheken nicht vorhanden und muss etwas umständlich über Fernleihe geordert werden.



Das Kyffhäuserdenkmal im thüringischen Kyffhäuserkreis mit vielen säkular-religiösen Symbolen. Das protzige Denkmal wurde 1890 bis 1896 zu Ehren von Kaiser Wilhelm I. errichtet.

Die drei Deutschen Hegemonialkriege 1864 bis 1871

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Die Kriege gegen die Dänemark (1864), gegen Österreich (1866) und gegen Frankreich (1870/71), die zur Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 und somit zur Einheit Deutschlands führten, werden als „Deutsche Einigungskriege“, besser als „Hegemonialkriege Preußens“ bezeichnet. Um zu beobachten und um zu verstehen, wie der Nationalismus in Deutschland, Österreich und Bayern als konflikttreibende Ideologie eingesetzt wurde und „funktionierte“, haben wir aus dem fünfbandigen Werk von Hans-Ulrich Wehler das Kapitel „Die drei Hegemonialkriege: Die Allianz zwischen preußischer Expansion und liberaler Nationalbewegung“ in Teilen gelesen. Worum es ging, soll hier in kurzen Zügen skizziert werden. Es ist wert, das ausführlich nachzulesen bei Hans-Ulrich Wehler in „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“, Band III, Seiten 280 ff.

Otto von Bismarck, der während der preußischen Verfassungskrise im Jahr 1862 von König Wilhelm I. zum Ministerpräsidenten berufen wurde, hatte als großes Ziel vor Augen, die über 30 verschiedenen deutschen Einzelstaaten unter der preußischen Krone zu vereinen. Da aber seiner Überzeugung nach die großen Fragen der Zeit nicht mit Worten, sondern nur mit Bajonetten entschieden werden konnten, nutzte Bismarck neben geschicktem Taktieren auch bewusst inszenierte Kriege, um die Machtverhältnisse in Europa so zu verändern, dass am Ende der deutschen Einheit nichts mehr im Wege stand. Zunächst brachte er mit Kriegsminister Albrecht von Roon eine grundlegende Heeresreform auf den Weg.

Deutsch-Dänischer Krieg (1864)

Der Anlass für den Krieg gegen Dänemark war die Einverleibung Schlesiens in das Königreich Dänemark, die der dänische König Christian IX. durch eine Verfassungsänderung legitimiert hatte. Den Oberbefehl hatte der preußische Generalfeldmarschall Friedrich von Wrangel, der jedoch schnell von Generalstabschef Helmuth von Moltke abgelöst wurde.

Entschieden wurde der Deutsch-Dänische Krieg am 18. April 1864 an den Düppeler Schanzen. Die Verbündeten Preußen und Österreich eroberten Jütland und besiegten Dänemark. Der Verlierer verzichtete im Wiener Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein. In der Gasteiner Konvention kam es am 14. August 1865 zur Teilung der beiden Herzogtümer. Holstein wurde österreichisch und Schleswig preußisch verwaltet. Das Herzogtum Lauenburg fiel an Preußen. Der Versuch Preußens, die Herzogtümer Schleswig und Holstein in das Reich einzugliedern, führte zum Ausbruch des Deutschen Krieges gegen Österreich.

Deutscher Krieg (1866)

Der im Jahre 1815 gegründete Deutsche Bund war ein Zusammenschluss von über 30 deutschen Kleinstaaten sowie den Großmächten Preußen und Österreich. Österreich, das den Vorsitz in diesem Bündnis hatte, stellte am 14. Juni 1866 in der Freien Reichsstadt Frankfurt am Main den Antrag auf Mobilmachung gegen Preußen, weil es widerrechtlich die Herzogtümer Schleswig und Holstein besetzt hielt. Bismarck hatte diesen Konflikt provoziert, um durch Waffengewalt die Vormachtstellung Preußens im deutschsprachigen Raum herzustellen. Als sich die Mitglieder mit 9:6 Stimmen gegen Preußen aussprachen, gab es den gewollten Krieg.

1866 wurden die Österreicher und ihre Verbündeten in der Schlacht bei Königgrätz (Böhmen) vernichtend geschlagen. Der Generalstabschef Helmuth Graf von Moltke hatte sich entschieden, das preußische Heer in drei getrennten Armeen marschieren zu lassen: „getrennt marschieren, zusammen schlagen“ – wie er es ausdrückte. Aber nicht nur die Taktik war von entscheidendem Vorteil, sondern vor allem auch die Waffen, denn die Hinterlader der Preußen erwiesen sich als effizienter als die umständlich zu handhabenden Vorderlader der Kriegsgegner.

Beendet wurde der Krieg zunächst durch den Vorfrieden von Nikolsburg, der dann schließlich am 23. August 1866 zum Frieden von Prag führte. Nach dem Sieg über Österreich annektierte Preußen Schleswig, Holstein, Nassau, Sachsen, Hannover und Kurhessen. Der Deutsche Bund wurde aufgelöst und durch den Norddeutschen Bund ersetzt.

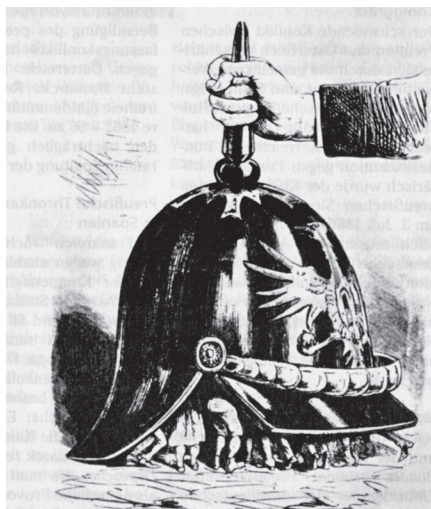
Bismarck erarbeitete nicht nur maßgeblich die Verfassung des Norddeutschen Bundes, sondern wurde am 14. Juli 1867 auch dessen Kanzler. Zusammengeschlossen waren in diesem von Preußen beherrschten Bündnis 17 norddeutsche Länder sowie Sachsen und Teile von Hessen, Württemberg und Baden. Weitere Verteidigungsbündnisse wurden zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten geschlossen.

Deutsch-Französischer Krieg (1870/71)

Als Spanien 1870 dem Erbprinzen Leopold aus dem Hause Hohenzollern-Sigmaringen, die Krone anboten, sah Bismarck seine Chance gekommen, den Süden mit dem Norden Deutschlands unter preußischer

Herrschaft zu vereinigen. Im Grunde wollte Leopold die spanische Krone nicht, aber Bismarck drängte ihn zur Annahme, denn für ihn war dieses Ereignis ein willkommener Anlass, den Rivalen Frankreich zu einer Kriegserklärung zu provozieren.

Wie erwartet protestierte Frankreich – vertreten durch seinen Außenminister Gramont – vehement gegen einen Hohenzollern auf dem spanischen Thron, da es nichts mehr fürchtete



Karikatur zu Preußens Vorherrschaft: „Deutschlands Zukunft: Kommt es unter einen Hut? Ich glaube, 's kommt eher unter eine Pickelhaube“
Quelle: Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Berlin



als eine Umzingelung und die deutsch-preußische Vormachtstellung in Europa. Durch geschicktes Taktieren gelang es Bismarck, dass Napoleon III. dem Norddeutschen Bund den Krieg erklärte. Während sich die Großmächte England und Russland aus diesem Konflikt heraushielten, kämpfte nun auch der Süden Deutschlands (Bayern, Württemberg, Baden und Hessen) an der Seite Preußens und seiner Verbündeten gegen Napoleon III.

Wieder hatte Helmuth Graf von Moltke die Kriegsleitung inne. Bei der Schlacht von Sedan setzte er diesmal nicht auf Gewehre, sondern auf die Artillerie. Geschütze aus der Waffenschmiede Krupp sollten eine schnelle Entscheidung bringen. Die französischen Truppen, deren Moral sich durch lange Märsche und zu wenig Proviant ohnehin schon auf dem Nullpunkt befand, wurden von den Deutschen umzingelt und vernichtend geschlagen. Napoleon III. kam in deutsche Gefangenschaft und starb drei Jahre später in Chislehurst, seinem englischen Exil.

In Paris kam es zum Aufstand, das Kaiserreich zerbrach, es war die Geburtsstunde der Dritten Republik. Doch der Krieg

ging weiter. Die Deutschen belagerten die Stadt und beschossen sie mit schwerem Geschütz.

Hunger, Kälte und Krankheiten zwangen Paris im Januar 1871 schließlich zur Kapitulation.

Es ist die Zeit der Errichtung und blutigen Niederlage der „Pariser Commune“.

Der Deutsch-Französische Krieg endete offiziell am 10. Mai 1871 mit dem Frieden von Frankfurt, in dem Elsass-Lothringen an Deutschland abgetreten und eine Kriegsreparation in Höhe von 5 Mrd. Goldfranc vereinbart wurde. Der Einzug der siegreichen Truppen durch das Brandenburger Tor wurde von den Berlinern mit Jubel begrüßt.

Berlin, die Hauptstadt des neu gegründeten Reiches, erlebte einen großen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg. Die Einwohnerzahl verdoppelte sich binnen weniger Jahre von einer auf zwei Millionen. Somit war Berlin zu jener Zeit nach London, New York und Paris die viertgrößte Stadt der Welt.

Quellen: Karl Marx, Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest; Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, (Ausgabe im Verlag Voltmedia, Paderborn, 2006, Seite 311 f.) Digitale Ausgabe siehe u.A. <http://www.zeno.org/Soziologie>. Längere Zitate eingerückt.

Argumente gegen Nationalismus: „Öffnung“ und „Schließung“ bei Max Weber

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Zum Einstieg der Diskussion über Tendenzen des Nationalismus und der Abschottung in der modernen Gesellschaft befassten wir uns mit einem Text von Max Weber aus seinem kurz vor Ausbruch des Weltkriegs geschriebenen, erst nach seinem Tod veröffentlichten Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“. Im Teil 2 dieses Werks (Überschrift: „Typen der Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung“) diskutierten wir die Paragraphen 2 (Überschrift: „Offene“ und „geschlossene“ Wirtschaftsbeziehungen) und 3 (Überschrift: Gemeinschaftsformen und ökonomische Interessen). In ihnen beschreibt der damals über den wachsenden Nationalismus vor dem 1. Weltkrieg besorgte Max Weber die vielen, in vorkapitalistischen wie kapitalistischen Gesellschaften auftretenden Formen der ökonomischen und sozialen „Schließung“ und welche Interessen ihnen zugrunde liegen.

Zuvor aber ein geradezu hymnisches Lob auf die „öffnende“ Kraft des Kapitalismus, verfasst 1848, also vor heute 170 Jahren, von Karl Marx:

„Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schifffahrt, den Landkommunikationen eine unermessliche Entwicklung gegeben ... Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren ... Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen aus ... Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird ... An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenü-

samkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander ...“

Diese Hymne auf die alle Grenzen, alle chinesischen Mauern niederreisende Kraft des Kapitalismus ist nachzulesen im „Kommunistischen Manifest“ von 1848.

Etwa 70 Jahre später verfasste Max Weber sein – verglichen mit den zitierten Passagen aus dem „Kommunistischen Manifest“ – eher skeptisches, analytisches Werk. Dort heißt es in § 2 („Offene“ und „geschlossene“ Wirtschaftsbeziehungen) gleich zu Beginn: „Eine bei allen Formen von Gemeinschaften sehr häufig vorkommende Art von wirtschaftlicher Bedingtheit wird durch den Wettbewerb um ökonomische Chancen: Amtsstellungen, Kundschaft, Gelegenheit zu okkupatorischem oder Arbeitsgewinn und dergleichen geschaffen. Mit wachsender Zahl der Konkurrenten wächst hier das Interesse der an der Konkurrenz Beteiligten, diese irgendwie einzuschränken.“ Dieses Bestreben tritt nach Max Weber immer auf. Gleichgültig welche Gesellschaft, welche Zeit und welches soziale Milieu man untersucht – wo Wettbewerb um ökonomische und außerökonomische Chancen besteht, entstehen auch Tendenzen der Schließung, der Abschottung. Das Motiv dabei ist immer das gleiche: Verringerung der Konkurrenz, um die eigene Position zu verbessern. Die Merkmale, mit denen eine solche Schließung, eine solche Verringerung der Konkurrenz begründet wird, sind dabei nach Max Weber völlig beliebig. Man nehme „irgendein äußerlich feststellbares Merkmal eines Teils der (aktuell oder potentiell) Mitkonkurrierenden“ und entwickle daraus ein Argument für die „Schließung“ irgendeiner Gemeinschaft.

Dass dafür im gesellschaftlichen Leben vorzugsweise Argumente aus dem Bereich des Guten, Wahren und Schönen gesucht und oft genug auch gefunden wurden bzw. werden (Schutz des Menschen, der Tiere, der Umwelt, der Schwachen oder was auch immer), tut dabei nichts zur Sache. Rationaler Kern ist die Verringerung der Konkurrenz. Max Weber selbst nennt als mögliche Merkmale „Rasse, Sprache, Konfession, örtliche oder soziale Herkunft, Abstammung, Wohnsitz ... Welches im Einzelfall dies Merkmal ist, bleibt gleichgültig: es wird jeweils an das nächste sich anbietende angeknüpft.“

„Dieser Prozess der Schließung einer Gemeinschaft ... ist ein typisch sich wiederholender Vorgang, die Quelle des ‚Eigentums‘ am Boden ebenso wie aller zünftigen und anderen Gruppenmonopole. Handle es sich um die ‚genossenschaftliche Organisation‘ ... von z.B. ihrer örtlichen Provenienz nach bezeichneten Fischereinteressenten eines bestimmten Gewässers, oder etwa um die Bildung eines ‚Verbands der Diplomingenieure‘, welcher das rechtliche oder faktische Monopol auf bestimmte Stellen für seine Mitglieder gegen die Nichtdiplomierten zu erzwingen sucht, oder ... um ‚nationale‘ Handlungsgehilfen, oder um landes- oder ortsgebürtige Ministeriale, Ritter, Universitätsgraduierte, Handwerker oder um Militäranwärter oder was sie sonst seien ... stets ist dabei als treibende Kraft die Tendenz zum Monopolisieren bestimmter, und zwar in der Regel ökonomischer Chancen beteiligt.“

Im weiteren Verlauf des Textes räumt Max Weber dann ein, dass bei solchen Tendenzen zur Schließung durchaus auch zusätzliche Interessen mitspielen können, beispielsweise das Interesse örtlicher Handwerker am guten Ruf ihrer Waren, von Rittern am Ruf ihrer militärischen Tüchtigkeit, von religiösen Gemeinschaften an der Besänftigung von Göttern und Dämonen:

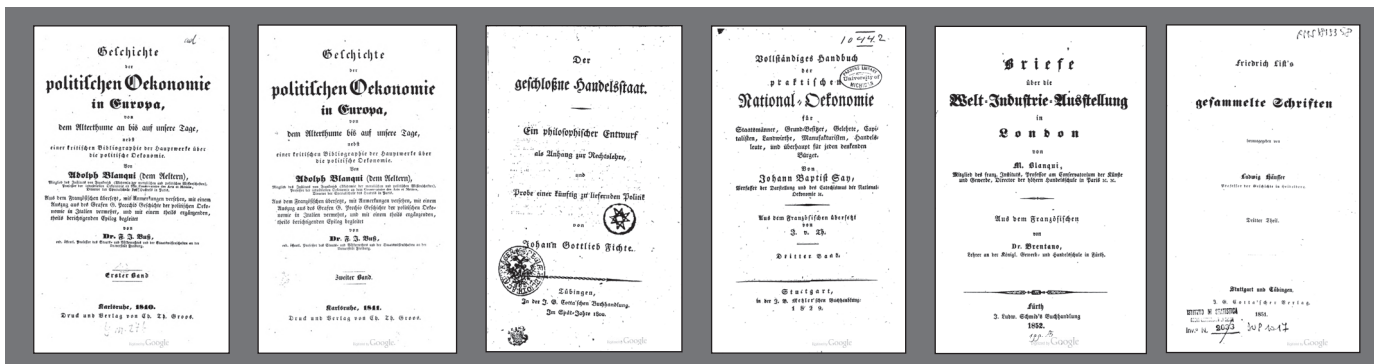
„Wer z.B. bei einem rituellen Singtanz falsch singt, wird

ursprünglich bei fast allen ‚Naturvölkern‘ alsbald zur Sühne erschlagen). Normalerweise aber steht voran das Interesse an der Einschränkung des Angebots von Anwärtern auf die Pfünden und Ehren der betreffenden Berufsstellung.“

Kein Interesse, kein Beruf, kein Verband bleibt dabei von Max Weber verschont, weder die Propaganda von Sexualinteressen noch in Stücklohn bezahlte Vortragsredner, weder Gewerkschaften noch Arbeitgeberverbände, weder Gastwirte, die von einer steigenden Mitgliederzahl ihrer (gewerkschaftlichen oder parteipolitischen) Kundschaft profitieren noch die Besitzer von „Vorräten deutschen Frakturdruckmaterials“, die für die Beibehaltung dieser Schrift aus naheliegenden ökonomischen Gründen eintreten, alles wird von dem über das Waschen nationalistischer Stimmungen besorgten Max Weber kritisch analysiert.

Am Ende unserer Diskussion über diese Texte war klar: Die von Marx geschilderte „Öffnung“, sprich Überwindung aller chinesischen Mauern dieser Welt durch das Kapital ist eine Seite der Medaille.

Mindestens ebenso mächtig ist die von Max Weber geschilderte Tendenz der Abschottung, der Schließung von Gemeinschaften jeder Art, die immer und überall auftritt, um unerwünschte Konkurrenz zu behindern.



Nationalstaat und Weltgesellschaft. Wie die Diskussion begonnen hat. Textauszüge

EVA DETSCHER, KARLSRUHE, MARTIN FOCHLER MÜNCHEN

Vorbemerkung. Auszüge aus den Schriften von J.B. Say, A.J. Blanqui, J.G. Fichte und D.F. List (zu allen gibt es instruktive Wikipedia-Einträge in deutscher Sprache) belegen, dass die heutigen Kontroversen um die internationale Situierung der Nationalstaaten weit zurückreichen und auch, dass es – etwa in der Zeit des Vormärz – eine internationale Diskussion darüber gegeben hat. Es ist noch nicht lange möglich, mit den Mitteln der Internetsuche an Dokumente dieser Debatten heranzukommen, die Textanalyse von Frakturschriften war eine echte Hürde. Inzwischen finden sich viele solcher Publikationen aus dem 19ten Jahrhundert bei „google books“ so weit aufbereitet, dass sie bei geduldiger Suche im Netz zu finden sind. Lohnt sich die Mühe?

Unserer Meinung nach ist erkennbar, dass bereits bei der Entstehung und Begründung der Nationalstaaten praktisch und theoretisch denkenden Leuten bewusst war, dass die vollständige Abbildung der produktiven Möglichkeiten der Menschheit in den Grenzen eines Staates unmöglich sein würde. Die Erfahrung z.B. mit der napoleonischen Expansion belegte, dass dieses Problem auch nicht durch Expansion oder Kolonialismus gelöst werden konnte, sondern durch Vereinbarungen zwischen Unabhängigen moderiert werden sollte. Diese Leistung kann

mit den politischen Werkzeugen des Nationalismus nicht vollbracht werden.

Der folgende Bericht ist eine Zitatensammlung mit Erläuterungen dargestellt. Die Texte selbst sind bei „google books“ zu finden, das Konferenzmaterial kann bei Interesse als PDF angefordert werden.

Inland, Ausland, Zölle, Steuern, Handelshemmnisse

Schon zur Beschreibung der bunten Vielfalt der Nationalstaaten Europas werden noch heute und überall politische Leitbilder gebraucht, die im Frankreich des 17ten und 18ten Jahrhunderts entworfen und in der Großen Revolution geschichtsmächtig wurden. Freiheit, Menschenrechte, Gleichheit, Demokratie bieten der politischen Diskussion Bezugspunkte, die über die Grenzen des Nationalstaates hinausreichen. Die genannten Stichworte sind doppelsinnig. Als Appell an die ganze Menschheit gerichtet sparen sie gleichwohl die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Nationalstaaten aus. Inzwischen benützt man diese politischen Ideen so gut wie ausschließlich zur Orientierung im Streit über Verfassungsfragen innerhalb von Nationalstaaten. Bei der Behandlung von Interessenkonflikten zwischen den Nationalstaaten greifen sie nicht. Es macht keine Schwierigkeiten, in der gefühlvollen Ode Schillers an die

Freude – „Alle Menschen werden Brüder – das Subjekt auszutauschen, schreibt man „Alle Deutschen ...“, steht man in einem Meer von Fremden und Feinden. An geschichtlichen Beispielen für die Folgen fehlt es nicht, allerdings zeigen sich im Gang der Geschichte auch Gegenkräfte, in der politischen Kultur Deutschlands greifbar als Verblässen der eingefleischten Idee vom „Erbfeind“ jenseits des Rheins. Politische Ideen bilden sich in langwierigen, Generationen übergreifenden Prozessen – um zu gelten, müssen sie sich praktisch bewährt haben. Wir haben gezielt nach Texten gesucht, die von der Gestaltung der entstehenden Nationalstaaten Europas bzw. zwischen dem einzelnen Nationalstaat und dem Rest der Welt handeln. Mit einigem Erstaunen haben wir festgestellt, dass dieser Stoff in jener Zeit recht lebhaft und grenzübergreifend erörtert wurde. So standen in der Zeit des Vormärz dem deutschsprachigen Publikum umfangreiche Schriften etwa aus der Feder von Jean-Baptiste Say (* 5. Januar 1767 in Lyon; † 15. November 1832 in Paris) und Adolphe-Jérôme Blanqui (* 21. November 1798 in Nizza; † 28. Januar 1854 in Paris, nicht zu verwechseln mit seinem jüngeren Bruder, der bei dem Pariser Kommune-Aufstand eine Rolle spielte) zur Verfügung. Blanquis „Geschichte der Politischen Ökonomie in Europa“, 1838 in Paris vollendet, wird in deutscher Übersetzung bereits in der „Allgemeinen Zeitung für das Jahr 1840“ dem deutschen Publikum empfohlen. (Siehe Abb).

Das „Sperrsystem“ – Ein Streitpunkt von Anfang an

Blanqui schreibt in der Tradition der Enzyklopädisten mit der Absicht, Erkenntnisse der Wissenschaften dem breiten Publikum zu erschließen. Der Text ist anschaulich und sachhaltig. Den einzelnen Abschnitten sind Thesen vorangestellt (hier im Faksimile):

Hauptstück XXVI.

Von dem Ministerium Colbert's und seinen wirtschaftlichen Folgen. — Edict und Tarif von 1664. — Dessen eigentlicher Zweck. — Edict von 1687. — Ermunterungen zur Ehe. — Schöne Instruktionen an die Gefandten. — Eigentliche Lehren Colbert's. — Mit Unrecht betrachtet man ihn als den Gründer des Sperrsystems. —

Dass Manufakturen und das Wirtschaften auf Märkten bereits zur Zeit Ludwig des XIV. und seines Ministers Colbert ein Thema waren, dokumentiert eine „... Bittschrift, welche am 26. Jänner 1654 von den sechs Innungen der Handelsleute der Stadt Paris dem König überreicht worden war.“ (S.325)

„Sire, sagten die Bittsteller, die Erfahrung lehrt, daß die übermäßigen Auflagen nie die Einkünfte eines Staats vermehrt haben, weil sie im Großen verlieren machen, was man im Kleinen gewinnt ... wenn unsere Arbeiter aus ihrer Industrie Gewinn ziehen, so geschieht es nicht ohne Beihilfe des Auslandes, welches uns alle feinen Wolle arten liefert; denn wir haben nur grobe; ebenso die Farbstoffe, Gewürze, Zucker, Seife und Leder, deren man nicht entbehren kann, und welche sich im Königreich nicht finden.“

Und zu den Folgen eines „Sperrsystems“ (d.h. prohibitiven Zöllen) ...

„... Die Ausländer werden nicht ermangeln, um uns Gleiches mit Gleichem zu vergelten, alle diese Waaren mit großen Zöllen zu belasten, woraus hervorgehen wird, daß wir solche nicht mehr beziehen werden, oder daß sie den Eingang unfern Fabricaten versagen werden; dadurch werden unsere Arbeiter arbeitslos bleiben, und die Zahl der Unnützen und Bettler wird zunehmen.“

Diese Anregungen blieben nicht wirkungslos. Zitiert wird ein Edikt aus dem Jahre 1664:

„Unsere Absicht, sagte der König, ist, allen unsern Statthal-

[4568] Bei Ch. Th. Groos in Karlstraße ist erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands, der österreichischen Monarchie, der Schweiz und den übrigen angränzenden Ländern zu haben:

Geschichte der politischen Oekonomie in Europa, von dem Alterthume an bis auf unsere Lage, nebst einer kritischen Bibliographie der Hauptwerke über die politische Oekonomie,

von
Adolph Blanqui (dem Ältern).
Aus dem Französ. überf. mit Anmerkungen versehen, mit einem Auszuge aus des Grafen G. Prochâs Geschichte der politischen Oekonomie in Italien vermehrt, und mit einem theils ergänzenden, theils berichtigen Epilog begleitet
von Dr. F. J. Büß, Prof. in Freiburg zc.
2 Bände gr. 8. geheftet. Preis 5 fl. 24 kr. rhein. — 4 fl. 30 kr. C.-M. oder
3 Rthlr. preuß. Cour.

In dem sehr ausführlichen Anzeigetext heißt es: „... Wie eingeschlagen in diese Darstellungen der weltgeschichtlichen Wechsel erscheinen in diesem Werke dann auch die geschichtlichen Verwandlungen der ökonomischen Lehren, und stets werden mit sicherem praktischem Takt ihre Einwirkungen auf das Leben der Völker hervorgehoben, und durch die angegebene Anwendung auf das Leben die groß gegriffenen Züge der Weltgeschichte der Gegenwart und ihren universellen Fragen nahegebracht. Der Verfasser gibt der Wirtschaftswissenschaft den Zweck, von nun an die größte Zahl der Menschen zur Teilnahme an den Segnungen der Gesittung zu berufen. Aus diesen Gründen ist dieses Werk geeignet, ebensosehr den Gelehrten als den gebildeten Mann der Welt anzuziehen, zumal auch die Schreibart nicht die steife der Schule, sondern die der gebildeten Gesellschaft ist.“ – **Fundstelle google books.**

tern und Intendanten zu erkennen zu geben, welche Rücksicht wir gegen wärtig Allem zuzuwenden, was den Handel betreffen kann, und warum wir wollen, daß sie ihre Amtsgewalt anwenden, den Handelsleuten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, damit sie nicht durch die Chicane von ihrem Handel abgehalten werden ...“

Und weiter:

„... wir haben beschlossen, alljährig eine Million Livres zur Wiederherstellung der Manufacturen und zur Hebung der Schiffahrt zu verwenden; da aber das verlässlichste und wesentlichste Mittel für die Wiederherstellung des Verkehrs die Herabsetzung und die Bestimmung der Zölle ist, welche von allen Waaren erhoben werden, so haben wir befohlen, alle diese Gefälle auf einen einzigen Eingangszoll und auf einen einzigen Ausgangszoll zurückzuführen, und sogar sie bedeutend zu mindern, um die Schiffahrt zu ermuntern; die früheren Manufacturen wieder herzustellen den Müßiggang zu verbannen, und durch ehrbare Beschäftigungen die Neigung einer großen Zahl unserer Untertanen zu einem gemeinen Leben unter dem Titel verschiedener Ämter ohne Amtsverrichtungen abzuwenden, die in eine gefährliche Chicane ausarten, welche die meisten unserer Provinzen behaftet und zerrüttet“.

Innerhalb der Grenzen des französischen Nationalstaates findet sich zu dieser Zeit eine wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt, die weltweit ihresgleichen nicht findet. Und dennoch – oder vielleicht gerade deswegen – erkennen die Handelsleute, dass man das Ausland braucht und dass „übermäßige“ Zölle einen Handelskrieg auslösen müssen, in dem alle verlieren.

Das Ministerium Colbert folgt, wie das Edikt zeigt, diesem Standpunkt, um – wie man heute sagen würde – die allgemeine Wirtschaftstätigkeit zu fördern. Diesem Ziel dient auch eine Einschränkung der Steuerpflicht:

„Zu gleicher Zeit verbot Colbert, wegen der Steuer die, Betten, Kleider, Brod, Pferde und Ochsen, die zum Landbau verwendet werden, ebenso die Geräthe wegzunehmen, mit welchen die Handwerker und Handarbeiter ihren Lebensunterhalt gewinnen.“

Für unsere Diskussion war wichtig, dass diese Debatte über die Zölle nicht mit einer Ja/Nein-Logik bestritten wird, sondern

mit Begriffen wie „übermäßig“ oder eben unter Prämisse der Ablehnung eines „Sperrsystems“ geführt wird. Diese Interpretation findet sich auch bei Blanqui, explizit auf seine Zeit und aktuelle Fragen gemünzten Lehren:

„Colbert hatte weise erkannt, daß das Verbot der Einfuhr hinlänglich durch Zölle vertreten wird, zumal wenn sie auf eine bestimmte Höhe gesetzt sind. Wahrlich, wenn dann die Industrie mit der starken Prämie, welche ihr der Tarif gewährt, den Geschmack der Verzehrter nicht befriedigen kann oder will, so haben diese letzteren noch die Wahl der ausländischen Fabricationen, indem sie einen freiwilligen Tribut zahlen, den der Staat gegen den Willen der Fabrikanten bezieht. Diese beschränkte Freiheit erweckt unter den verschiedenen Völkern einen Wetteifer der Industrie, welchen das einheimische Monopol dagegen erstickt“ *). Sicher war Colbert von dem Gedanken weit entfernt, daß einstens, nachdem die französische Industrie ihre Stellung in Europa eingenommen haben würde, sein Tarif als nicht ausreichend angesehen und noch mit Verboten bewehrt würde, welche er selbst nicht für nöthig erachtet hatte, um sie zu schützen, als sie gerade entstanden war.“

„Von den wirtschaftlichen Lehren der französischen Revolution. Kosmopolitisch in der Theorie, beschränkend in der Übung“

Hauptstück XXXVII.

Von den wirtschaftlichen Lehren der französischen Revolution. — Sie haben sämmtlich mehr einen socialen, als gewerblichen Charakter. — Sie sind kosmopolitisch in der Theorie, und beschränkend in der Übung. — Der Convent und das Kaiserreich machen daraus Kriegswaffen. — Allgemeine Uebersicht der Folgen der Continentsperre. — Sie bestand thatsächlich, ehe sie noch beschlossen war. — Verderbliche Vorurtheile, welche sie in Europa verbreitet hat.

Wie bekannt genug ist, blieben die Ansätze wirtschaftlicher Entwicklung in Frankreich unter den folgenden Regierungen stecken. Es entstand – man kann sagen – musterhaft, eine Spannung zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen. Packend beschreibt Blanqui die Ereignisse:

„Die unsterbliche Nacht des 4. Aug. 1789 sah die meisten dieser denkwürdigen Veränderungen eintreten. Einige Stunden genühten zur Abschaffung der Innungen, der toten Hand, der Lehensrechte, der Geburtsprivilegien, der fiskalischen Ungleichheiten. Zu gleicher Zeit legte die constituirende Versammlung den Grund zu einer Gebietseintheilung, welche die Vorrechte der Provinzen dadurch zerstörte, daß sie die nationale Einheit schuf. Frankreich konnte künftighin, wie ein einziger Mensch, seinen neuen Geschicken zuschreiten, welche ihm die Revolution soeben eröffnet hatte. Die Arbeit war frei; die Bürger waren es auch; keine Laufbahn war ihrer Fähigkeit versperrt; keine Hoffnung ihrem Ehrgeize versagt. Die Centralregierung, kräftig gegliedert, konnte ihre Befehle von einem Ende des Reiches bis zum andern vollziehen lassen.“

Im weiteren rechtfertigt Blanqui die Ein- und Durchgriffe der Politik auf das Wirtschaftsleben, die aus Gründen der Verteidigung der Republik gegen auswärtige Interventionen nötig wurden, sieht aber eben auch die Folgewirkungen:

„Die constituirende Versammlung nahm ein sehr gemäßigtes Mauthsystem an; neigte sich aber sichtlich zu dem Sperrsystem. Der Convent machte sich aus den Mauthen eine Kriegswaffe, vorzüglich gegen England gerichtet, und seine Vorurtheile, unter dem Kaiserreich sorgsam gepflegt, haben

nicht wenig zu dem Sieg der engherzigen Ideen beigetragen, welche noch gegenwärtig in Frankreich in Beziehung auf die Handelsfragen herrschen. Es ist dieses ein Unglück, welches man nicht genug beklagen kann. Es wäre so wichtig für die Wissenschaft gewesen, wenn dieser große Rechtsstreit, der schon seitmehren Jahrhunderten anhängig ist, wenigstens in erster Instanz entschieden worden wäre! Weit entfernt, hat die Freiheit nur die Binnenmauthen umgestürzt; sie hat der Arbeit nur einen Theil ihrer Fesseln abgesprengt, und was davon noch erübrigt, reicht hin, um alle Fragen der politischen Ökonomie so sehr zu verwickeln, daß sie beinahe unlösbar werden.“

Den Zeitgenossen der 1840er Jahre war die napoleonische Continentsperre präsent. Großbritannien, Krone und Parlament hatten die alten Dynastien gestützt und gefördert, nutzte seine Seemacht, um Frankreich von den Ressourcen des Welthandels auszuschließen. Darauf antwortete das französische Kaiserreich, das den Kontinent unter seine militärische Kontrolle gebracht hatte, mit dem Ausschluss der britischen Insel von der Wirtschaft Kontinentaleuropas. Das Ereignis war den Zeitgenossen von 1840 noch präsent: Blanqui, wir zitieren ihn ausführlich, aber nicht erschöpfend, liest sich aber auch heute noch einleuchtend:

„Die Continentsperre läßt sich als den letzten Ausdruck des von Frankreich von dem Beginn der Revolution angenommenen Wirtschaftssystems betrachten. Obwohl Napoleon daraus nur einen legitimen Akt von Repressalien gegen die britische Regierung hatte machen wollen, so wurde doch das Decret von Berlin die Grundlage des Gewerbs- und Handelssystems Frankreichs und des festländischen Europa's während der ganzen Dauer des Kaiserreichs. Dieses Decret, welches England in die Acht legte, machte die Mauthschranken fallen, welche die anderen Nationen schieden. Es gründete eine Art von Föderation unter ihnen gegen den gemeinsamen Feind, und öffnete das gesamte Festland, indem es eine Insel sperrte. Zum ersten Mal schien die Freiheit aus dem Übermaß der Absperrung empor zu steigen. Die verschiedenen Staaten Europa's, unter dieselben Handelsgesetze durch Eroberung oder Verträge gestellt, bildeten nur noch ein einziges Volk von Erzeugern, und nie nahm die Entwicklung ihrer Manufakturen einen höhern Schwung, als unter dem Einfluß dieser Mitwerbung, welche sie Alle befeuerte. Das waren die schönsten Tage der französischen Industrie, und dennoch besaß Frankreich damals Belgien, Italien, Rheinpreußen, deren Tuch-, Seide-, Leinwandfabriken, eifernd mit den unserigen, weit entfernt, ihrer Blüthe zu schaden, ihren Glanz und Werth erhöhten. Die Continentsperre hätte die Aera der Handelsfreiheit in Europa eröffnet, **wenn sie aus einem Gedanken des Kriegs und der Repressalien hätte entstehen können**, (Herv. M.F.) wie jener war, welcher den Kaiser begeistert hatte.“

In dem hervorgehobenen laut klagenden Satz ist eine wichtige Norm für die Regelung von Interessenkonflikten zwischen Nationalstaaten enthalten. Es geht eben nicht nur um den nachweisbaren Effekt, sondern um die Bedingung wechselseitiger Achtung. So wie die Binnenverfassung der Verhältnisse der Bürger zueinander und zur Staatsmacht nur in Freiheit gefunden werden kann, brauchen Regelungen grenzüberschreitender Beziehungen Einverständnis und Respekt.

An diesem Text zeigt sich, dass die politischen Ideen zur Regulierung nicht nur, aber eben auch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationalstaaten bereits in der Entstehungszeit dieser Gebilde erkennbar sind. Stichworte sind für die Binnenverhältnisse: Verfassungsstaat und Bürgerrecht; für die Außenbeziehungen: die Einschränkung auf freiwillig, ohne Drohung oder Repressalien erzielte, übergreifende Regelungen. In dieser Ideenwelt werden die Grenzen zwischen den Natio-

nalstaaten als eine Einrichtung betrachtet, die im Sinne der Freiheit aller möglichst durchlässig zu gestalten sind. Es wird, um es knapp zu sagen, gegen die nationalistische Interpretation des Nationalstaats argumentiert.

Deutsches Ausbuchstabieren des Nationalstaats

Ein Gegenmodell zu dieser Normenbildung in weltbürgerlicher Absicht entsteht in der deutschen Diskussion und zwar ausgerechnet bei Johann Gottlieb Fichte (* 19. Mai 1762 in Rammenau, Kurfürstentum Sachsen; † 29. Januar 1814 in Berlin, Königreich Preußen) galt zuerst als Anhänger der französischen Revolution. Dann aber äußerte er zur Frage der Regulierungen zwischen den entstehenden Nationalstaaten eine Sicht auf die Dinge, die das genaue Gegenteil zu den von Blanqui entwickelten Ansichten bedeuten. In seiner 1800 erschienenen Schrift „Der geschlossene Handelsstaat“ wird der Nationalstaat zum Hort, zum einzigen Hort der in ihm und allein auf ihn zurückgebundenen Bürger. Fichte anerkennt nicht das gegenseitige Aufeinander-Angewiesensein und damit die Notwendigkeit geregelter Beziehungen zwischen den Nationalstaaten.

„Der Staat allein ists, der eine unbestimmte Menge Menschen zu einem geschlossenen Ganzen zu einer Allheit vereinigt; er allein ists, der bei allen, die er in seinen Bund aufnimmt, herumfragen kann; durch ihn allein sonach wird erst ein rechtsbeständiges Eigenthum begründet. Mit den übrigen Menschen auf der Oberfläche des Erdbodens, wenn sie ihm bekannt werden, verträgt er sich im Namen aller seiner Bürger. ... Aber einen dritten, der hinzukommt, verbinden unsere Verabredungen nicht ...

In diesem Staat, dieser „Allheit“ muss der Bürger alles finden, was er will und braucht – eigene Kontakte in die Welt außerhalb des Staates darf es nicht geben. Irgendwelcher Regelungen mit anderen Nationalstaaten bedarf es nicht, da nur ganz wenige Güter aus anderen Staaten benötigt würden – es ist ausgerechnet der Wein, den Fichte im Süden Frankreichs besser gedeihen sieht als in nordischen Staatsgebieten, und dessentwegen der Staat streng kontingentierten Warentausch zu auf ewig festgelegten Tarifen betreiben könne als große Ausnahme. Andere Bedürfnisse als diejenigen, die mit Produktion aus dem Territorium des Nationalstaates gedeckt werden können, müssten dem Bürger abgewöhnt werden – es würde ihm dann an nichts fehlen und es kämen keine weiteren Bedürfnisse auf.

„Der Strenge nach ist es freilich wahr, dass jeder mit dem Ertrage des Klimas, welches er bewohnt, und der Kunst seiner Mitbürger, unter denen er lebt, sich begnügen solle. Auch würde es jeder ohne Beschwerde und ohne Gelüst des Ausländischen; wenn nicht so viele, vielleicht von der frühesten Jugend an, an das letztere gewöhnt wären. Durch diese Angewöhnung ist es ihnen ein zum Wohlseyn unentbehrliches Bedürfniss geworden; die Regierung hat stillschweigend zugesehen, wie sie sich daran gewöhnten; sie hat ihnen durch dieses Stillschweigen die Gewähr geleistet, dass Sie wenigstens nichts thun werde, um sie dieser Bedürfnisse zu berauben, oder ihnen den Besitz derselben zu erschweren.“

(...)

„Selbst diejenigen Waaren, deren Erzeugung oder Verfertigung im Lande unmöglich befunden würde, und welche für die Zukunft aus dem Handel ganz wegfallen sollen, müssten nicht auf einmal, sondern nur nach und nach aus dem Umlauf gebracht werden, so dass von denselben periodisch eine immer kleinere Quantität, und endlich gar nichts mehr ausgegeben würde. Die Bürger wären von dieser Veranstaltung vorher zu unterrichten; und so

fiele ihr von der stillschweigenden Einwilligung des Staates abgeleiteter Rechtsanspruch auf den fortdauernden Genuss jener Waaren weg.

Jedoch ist sowohl in Rücksicht der Verpflanzung ausländischer Industrie in das Land, als in Rücksicht der allmählichen Entwöhnung der Nation von Genüssen, die in der Zukunft nicht weiter befriedigt werden sollen, ein Unterschied zu machen, zwischen Bedürfnissen, die wirklich zum Wohlseyn etwas beitragen können, und solchen, die bloss und lediglich auf die Meinung berechnet sind. Es lässt sich sehr wohl denken, dass es einem hart falle, des chinesischen Thees plötzlich zu entbehren, oder im Winter keinen Pelz, im Zimmer kein leichtes Kleid zu haben. Aber es lässt sich nicht einsehen, warum das erstere gerade ein Zobelpelz, oder das letztere von Seide seyn müsse, wenn das Land weder Zobel noch Seide hervorbringt; und noch weniger, was es für ein Unglück seyn würde, wenn an einem Tage alle Stickerei von den Kleidern verschwände, durch welche ja die Kleidung weder wärmer, noch dauerhafter wird.“

Fichte propagiert einen Nationalstaat, der durch permanente und durchgreifende Kontrolle in sich geschlossen ist. Dieser geschlossene Staat braucht die anderen nicht, erkennt sie nicht, die anderen dürfen nicht erkannt werden, geschweige denn anerkannt als Gleiche.

„Zu reisen hat aus einem geschlossenen Handelsstaate nur der Gelehrte und der höhere Künstler: der müssigen Neugier und Zerstreungssucht soll es nicht länger erlaubt werden, ihre Langeweile durch alle Länder herumzutragen.“

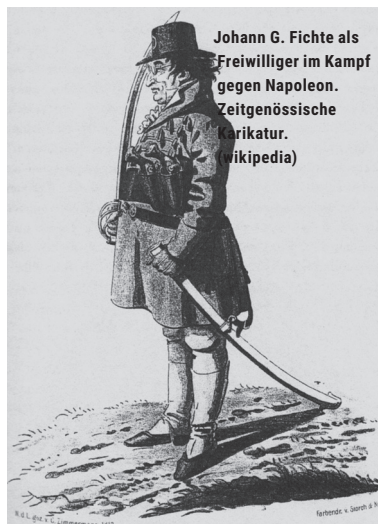
Fichte sieht die alte Welt im Umbruch: bisher „war das christliche Europa ein Ganzes“, es herrschte Anarchie, es gab keinen „Oberherrn“, daher „musste der Handel der Europäer unter einander frey sein“. Aber:

„Die Anwendung auf den gegenwärtigen Zustand der Dinge ist leicht zu machen. Ist das ganze christliche Europa, mit den hinzugekommenen Colonien und Handelsplätzen in anderen Welttheilen, noch immer ein Ganzes, so muss freilich der Handel aller Theile mit allen freibleiben, wie er ursprünglich war. Ist es im Gegentheil in mehrere, unter verschiedenen Regierungen stehende Staatsganze getrennt, so muss es ebenso in mehrere durchaus geschlossene Handelsstaaten getrennt werden.

Wir sind zur Quelle des grössten Theiles der noch bestehenden Misbräuche gekommen. Im neuen Europa hat es eine geraume Zeit hindurch gar keine Staaten gegeben. Man steht gegenwärtig noch bei den Versuchen, welche zu bilden. Man hat ferner die Aufgabe des Staates bis jetzt nur einseitig und mir halb aufgefasst, als eine Anstalt, den Bürger in demjenigen Besitzstande, in welchem man ihn findet, durch das Gesetz zu erhalten. Die tiefer liegende Pflicht des Staates, jeden in den ihm

zukommenden Besitz erst einzusetzen, hat man übersehen. Dieses letztere aber ist nur dadurch möglich, dass die Anarchie des Handels ebenso aufgehoben werde, wie man die politische allmählig aufhebt, und der Staat ebenso als Handelsstaat sich schliesse, wie er in seiner Gesetzgebung und seinem Richteramte geschlossen ist.“

Die ökonomisch argumentierende Theorie wird zur Ideologie. „Was aus einem richtigen Satz folge, ist richtig“, sagt Fichte am Anfang seiner Argumentation, bei der er blind für alles, was berücksichtigend mitzudenken und zu bedenken wäre, seinen Pfad kausal und linear argumentierend verfolgt: Nationalismus wird zur notwendigen und daher wünschenswerten, am Ende einzigen Option der emoti-



onalen Erregung des Staatsbürgers erhoben.

„Es ist klar, dass unter einer so geschlossenen Nation, deren Mitglieder nur unter einander selbst, und äusserst wenig mit Fremden leben, die ihre besondere Lebensart, Einrichtungen und Sitten durch jene Maassregeln erhält, die ihr Vaterland und alles Vaterländische mit Anhänglichkeit liebt, sehr bald ein hoher Grad der Nationallehre, und ein scharfbestimmter Nationalcharakter entstehen werde. Sie wird eine andere, durchaus neue Nation. Jene Einführung des Landesgeldes ist ihre wahre Schöpfung.“

Dass Fichte von seinem Standpunkt der Allheit den eigenen Nationalstaat nicht in einer Verhandlungssituation, sondern in einer Herrschaftssituation darstellt, wurde in der Diskussion von mehreren Seiten aus als Problem erkannt. Daneben, dass Normen gesetzt werden, die das ausschließende Interesse einer deutschen Nation anstelle der gegenseitigen Achtung und des Respekts setzt, ist noch eine ganz andere Konsequenz erkennbar: ein solcher geschlossener Handelsstaat erzeugt und verstärkt den Druck hin zu einer einheitlichen Ideenwelt im geschlossenen Ideenraum. Dies ist der Nationalismus, das Gegenteil von internationalistischer Politik auf dem Boden des Nationalstaates. Fichte ist der Versuchung erlegen, einen irrigen Ausweg für die Lösung des schwierigen Unterfangens, zwischenstaatliche Regulierungen unter Aufbietung von Respekt und den Mühen, Konsens zu erreichen, vorzuschlagen: Mit diesem Irrweg – einerseits Diktat bei den Bedürfnissen und andererseits Diktat der Erweiterung des Territoriums – bietet er die scheinbare Möglichkeit, sich der Problematik zu entledigen. **Anmerkungen:** Johann Gottlieb Fichte (1762 bis 1814) war ein Zeitgenosse / Schüler / Lehrer u.a. von Kant (1724-1804), Schiller (1759 – 1805), Hegel (1770 – 1838), Schelling (1775 – 1854), den Schlegel-Brüdern Wilhelm (1772 – 1829) und August (1767 – 1845). Er ist vielen bekannt wegen seiner „Reden an die Deutsche Nation“ von 1808: „Nach der preußischen Niederlage gegen Napoleon (1806) entstand in Preußen eine vor allem durch Philosophen, Dichter, Journalisten und Studenten geförderte starke nationale Bewegung mit dem Ziel der Beseitigung der Napoleonischen Fremdherrschaft und der Gründung eines deutschen Nationalstaates. Organisiert war diese Bewegung zum Teil in Geheimbünden wie dem Königsberger Tugendbund (1808 von Mitgliedern der Königsberger Freimaurerloge gegründet), der Fechtbogengesellschaft (gegründet von dem Fichte-Schüler Friesen) und dem 1810 von Jahn und Friesen gegründeten „Deutschen Bund“. (zitiert nach Heinrich Heine „Die romantische Schule“ Reclam-Ausgabe S. 349)

Weltausstellung – Weltwirtschaft – Arena des Wettbewerbs

Die Produktion für Märkte, die schon im vorkapitalistischen Europa um sich greift, kann ohne Abstimmung der weit voneinander wirkenden Akteure nicht auskommen. Produzenten, Publikum und Händler kommen auf großen Messen zusammen, um Preise zu bilden, Kontrakte zu schließen, Zahlungen auszugleichen usw. Es entstehen Jahrmarkt- und Messesysteme, wirtschaftsräumliche Realitäten die nicht durch politische Herrschaft zusammengehalten werden, sondern auf arbeitsteiligen Prozessen beruhen. Wohl aus dieser Tradition entsteht im Bildungs- und Abgrenzungsprozess der Nationalstaaten die Idee weltweiter Zusammenkünfte. Die Weltausstellungen, die erste fand 1851 in London statt, sind trotzdem etwas Neuartiges. Sie sind der Entwicklung der Produktivkräfte gewidmet, neue Produkte, neue Verfahren, neue Möglichkeiten. Damit geht es nicht mehr bloß ums Geschäft, es präsentieren sich Nationalkulturen, mit denen sich die Einzelnen identifizieren können. Wirtschaftsraum und Herrschaftsraum werden zusammen-



Innenansicht des Crystal Palace während der Weltausstellung

gedacht, der Wettbewerb auf Märkten wird um kulturelle und politische Rivalität von Gebietskörperschaften angereichert. Andererseits wirkt der Leistungsvergleich, der auf den großen Ausstellungen möglich wird, auf die öffentliche Meinung in den Teilnehmerstaaten zurück. Wird der Leistungsvergleich fair sein? Die „Briefe über die Welt-Industrie-Ausstellung in London“ von A. Blanqui, die zeitgleich (1852) auch in deutscher Sprache erscheinen, schildern ausführlich Haltung des Veranalters und Verfahren:

„Die Engländer hatten eine kitzelige Aufgabe in der Bildung der großen, gemischten Jury, die über den Werth so vieler Erzeugnisse und über ein Heer von achtzehntausend Ausstellern entscheiden sollte. Da ihre Nation allein die Hälfte dieser Zahl ausmachte, stellten sie auch die eine Hälfte der Richter ; die andere wurde aus den Commissären aller Nationen gewählt. Der ganze Senat zählte ungefähr 300 Mitglieder, welche, in dreißig Sektionen vertheilt, in folgenden sechs großen Klassen vereinigt waren: I. für Rohstoffe, II. für Maschinen, III. für Webereien, IV. für Metalle, Krystalle und Töpferwaaren, V. für verschiedene Manufaktur-Artikel und VI. für schöne Künste. Ein hoher Rath, aus den Präsidenten der 30 Sektionen bestehend, fungirte als Generalstab. Ein Vollzugscomite gab ununterbrochen allen Sektionen den lebhaftesten Ansporn und wurde gleich Anfangs mit dem Oberbefehle und dem Rechte betraut, alle von den Umständen gebotenen Maßnahmen zu verfügen.“

Am meisten beeindruckt zeigt sich Blanqui von der Einbeziehung sämtlicher Erdteile in das Wirtschaftsgeschehen. Damit stellt sich die Frage des Kolonialismus durch moderne Nationalstaaten, im Bewusstsein der Zeitgenossen eine Selbstverständlichkeit. Siehe auch Abbildung und wiki-Eintrag zum Ägyptenfeldzu der Republik S.12 unten. – Um so bedeutsamer der kritische Ansatz A.J. Says.

Abhängigkeit/Unabhängigkeit von Kolonien

A.J. Blanqui wird in der Literatur als – freilich selbständiger – Schüler des berühmten J. B. Say Say (* 5. Januar 1767 in Lyon; † 15. November 1832 in Paris) betrachtet. Zur Stellung dieser Schule zum Kolonialsystem lasen wir in Auszügen aus einen Standardwerk jenes Autors, der vollständige Titel ist sprechend:

Vollständiges Handbuch der praktischen National Oekonomie – für Staatsmänner, Grund-Besitzer, Gelehrte, Capitalisten, Landwirthe, Manufakturisten, Handelsleute, und überhaupt für jeden denkenden Bürger. (Hervorhebung durch uns) – Von **Johann Baptist Say**, Verfasser der Darstellung und des Catechismus der NationalOekonomie. Aus dem Französischen übersetzt, Stuttgart 1829. Zugänglich über google books, Suche nach dem Titel. (...)

„Vortheile, die der Verkehr mit entfernten Ländern gewährt. Die Verbindungen, die zwischen den verschiedenen Welttheilen zu Stande kommen, sind für die Menschen überhaupt sehr nützlich. Es wird dadurch der Austausch von den jedem Lande eigenthümlichen Produkten vermittelt. Wenn dieser Tausch leicht von statten geht, so kommen Produkte jeder Art mit geringeren Kosten in den Bereich der Bewohner aller Länder. Die Schifffahrt hat den Völkern diese ... erleichtert und wohlfeil gemacht. Dasselbe Gewicht, dieselbe Masse von Waaren kann zu Schiffe leichter ans Ende der Welt als auf der Achse 15 — 30 Meilen weit gebracht werden.“

(...)

„Ob es für eine Colonie gut sey, unabhängig zu seyn. Ein Land wird niemals gut regiert, wenn die Regierung anderswo und besonders 2, 3 bis 5000 Meilen davon ihren Sitz hat. Wie sollte diese Regierung Bedürfnissen, Interessen die sie nicht kennt, genügen und dringenden Bedürfnissen, schnell genug abhelfen? Die Regierung des so entfernten Mutterlandes muß Beamten, die sie nur wenig kennt, eine fast willkürliche Gewalt einräumen und wird leicht durch falsche Berichte hintergangen. Die abhängigen Colonien waren immer eben so schlecht bevölkert als regiert. Man geht dahin, nur in der Absicht wieder zurückzukehren ; d.h. um ein durch rechtliche oder unrechtliche Mittel dort erworbenes Vermögen in Europa zu verzehren.“

(...)

Folgen der europäischen Colonial-Politik. – Geheime Beweggründe dieser Politik. „Geheime und auch eingestandene Beweggründe haben die europäischen Mächte vermocht, ihre Colonien in dem Zustande der Abhängigkeit zu erhalten. Dieser Zustand gibt Anlaß zur Ernennung von vielen Civil-, Justiz- und kirchlichen Beamten, deren die Colonien bedürfen. Sehr viele Menschen bewerben sich um dergleichen Anstellungen, wo man schon durch die Gunst zu seinem Zweck gelangt, während man auf der Bahn der Industrie nur durch Intelligenz und eine anhaltende Thätigkeit fort, kommen kann. Denjenigen, welche die Stellen zu vergeben haben und denen, die solche suchen, muß also an der Aufrechthaltung eines Systems, das ihren Interessen zusagt, gleichviel gelegen seyn; sie bedienen sich ihres Verstandes, wenn sie dergleichen haben, um es mit Scheingründen zu vertheidigen, die dem großen Haufen, der von der National-Oekonomie nichts versteht, sehr gewichtig erscheinen. Sie verblenden dadurch unbefangene und selbst solche Leute, die guten Grund hätten, ein vernünftigeres System zu verlangen. Eine Regierung, der die Gewalt lieber ist, als das allgemeine Beste, neigt sich auf die Seite eines Systems, das eine Vergrößerung der Land- und Seemacht erfordert.“

Der Text schließt mit einer Beweisführung, dass die Abhängigkeit der Colonien bzw. deren ausbeuterische Verwaltung die Preise der von dort bezogenen Waren verteuert.

Nun konnte diese schwungvoll begründete Kritik den Trend

der Zeit nicht brechen. Die Versuche der Nationalstaaten, Herrschaftsraum um Wirtschaftsraum und vorher entlegene Gebiete in abhängige zu verwandeln, scheiterten in der Praxis. Für die Auseinandersetzung mit dem heutigen Nationalismus ist es aber wichtig, dass ein positiver Bezug auf den Nationalstaat als Garanten der Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Bereitschaft verbundenen werden kann, den Tatbestand weltumspannender wirtschaftlicher Beziehungen anders zu regeln als durch Vorherrschaft, nämlich durch Vereinbarungen zwischen Unabhängigen.

Nationalstaat und Produktivkraft – etwas aus der deutschen Diskussion

In der zeitgenössischen Diskussion der französischen und angelsächsischen Ökonomen wird die Bedeutung des Staatshandelns für die wirtschaftliche Entwicklung etwas heruntergespielt, einen Widerhall davon klingt in der gängigen Rede „Die Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt“.

Daniel Friedrich List (* spätestens 6. August 1789 in Reutlingen; † 30. November 1846 in Kufstein), der in der deutschen Diskussion des Vormärz eine bedeutende Rolle spielte, polemisiert in dieser Sache gegen J.B. Say und auch gegen Adam Smith. Wir konnten und wollten nicht ausloten, wie weit seine heftige Polemik zutrifft.

Gewiss ist, dass List, der wegen seines Engagements für verfasste Demokratie und deutsche Nationalstaatsbildung württembergische Zuchthäuser von innen kennen lernte und dann ins amerikanische Exil musste, die Bedeutung einer modernen Staatseinrichtung für die Entfaltung des Wirtschaftslebens gerade deswegen scharf sah, weil und soweit sie in den deutschen Ländern fehlte. So führt er zur Produktivität der Arbeit folgendes aus:

„Die christliche Religion, die Monogamie, die Abschaffung der Sklaverei und der Leibeigenschaft, die Erblichkeit des Throns, die Erfindung der Buchstabenschrift, der Presse, der Post, des Geldes, des Gewichts und Maßes, des Kalenders und der Uhren, die Sicherheitspolizei, die Einführung des freien Grundeigenthums und die Transportmittel sind reiche Quellen der produktiven Kraft. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur den Zustand der europäischen Staaten mit dem der asiatischen zu vergleichen. Um den Einfluß der Gedanken- und Gewissensfreiheit auf die produktiven Kräfte der Nationen kennen zu lernen, braucht man nur die Geschichte von England und dann die von Spanien zu lesen. Die Oeffentlichkeit der Rechtspflege, das Geschworenengericht, die parlamentarische Gesetzgebung, die öffentliche Controle der Staatsverwaltung, die Selbstadministration der Gemeinden und Corporationen, die Preßfreiheit, die Associationen zu gemein nützigen Zwecken, gewähren den Bürgern constitutioneller Staaten wie der Staatsgewalt eine Summe von Energie und Kraft, die sich schwerlich durch andere

https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%84gyptische_Expedition:



Ägyptenexpedition unter dem Befehl von General Bonaparte. (Gemälde von Léon Cogniet, 1794–1880, Louvre)

„Als Napoleons Ägyptenfeldzug oder Ägyptische Expedition wird die militärische Unternehmung der Franzosen unter dem Kommando Napoleon Bonapartes in Ägypten in den Jahren von 1798 bis 1801 bezeichnet. Begleitet wurde Bonaparte und sein Expeditionsheer von der Commission des sciences et des arts, einer Expertengruppe von 167 Wissenschaftlern, Ingenieuren, Künstlern etc; die meisten von ihnen waren 1798 in Kairo auch Gründungsmitglieder des Institut d'Égypte, einer wissenschaftlichen Einrichtung zur Erforschung Ägyptens. Die Ergebnisse der Expedition wurden in der mehrbändigen Text- und Bildsammlung Description de l'Égypte (dt. Beschreibung Ägyptens) dokumentiert, die den Grundstein für die spätere Ägyptologie legte. Die vom Direktorium vorgegebenen Ziele der Expedition waren: aus Ägypten eine französische Provinz zu machen, die britische Vormachtstellung im Mittelmeerraum zu beenden und im levantinischen Handel Frankreich eine herrschende Rolle zu sichern. Ägypten gehörte zum Osmanischen Reich, die Macht aber übten seit dem 17. Jahrhundert die Beys der Mameluken aus.“

Mittel erzeugen läßt. Kaum ist ein Gesetz oder eine öffentliche Einrichtung denkbar, wodurch nicht auf die Vermehrung oder Verminderung der produktiven Kraft ein größerer oder geringerer Einfluß geübt würde.“

Von besonderer Bedeutung ist für List in diesem Zusammenhang die Förderung von Volksbildung und Wissenschaft. List denkt sich die Freiheit jeder einzelnen Lebensäußerung verschränkt mit einem ideellen und materiellen Entgegenkommen des nationalen Staates bzw. der nationalen Gesellschaft. Es entsteht ein kultureller Raum von Möglichkeiten, in dem kein einziger Faktor geändert werden kann, ohne dass sich alles ändert. Mit Blick auf diese Theorien wird verständlich, dass die Verbindung von Volk und Staat nicht erst mit den Einrichtungen des Nationalstaates einsetzt. List, der als einer der Begründer des deutschen Liberalismus gelten kann, kann auf zweierlei Weise herangezogen werden:

Wer begründen will, dass in die Anlegenheiten des Nationalstaates niemand „von außen“ hereinzureden habe, findet hier Halt. Wer zeigen will, dass die Kritik der Binnenverhältnisse den Blick in die Welt nötig hat, und dass die Bereitschaft zur Veränderung mit einer Akzeptanz des Neuen, Ungewohnten, Fremden bedarf, allerdings auch.



Anonyme Illustration aus der 1848er-Zeit

Karl Marx: Rede über die Frage des Freihandels

RÜDIGER LÖTZER, Berlin

Diese Rede (nachzulesen in MEW Band 4, Seite 444f.) hat Marx Anfang 1848 veröffentlicht. Nach Angaben von Engels wollte Marx diese Rede ursprünglich Ende 1847 auf einem Freihandelskongress halten, den englische Fabrikanten in Brüssel durchführten, um nach der erfolgreichen Abschaffung der Korngesetze in England 1846 nunmehr auf dem europäischen Kontinent die freie Zulassung des kontinentalen Getreides nach England anzubieten und im Gegenzug für englische Industrieprodukte den freien Zutritt zu den europäischen kontinentalen Märkten zu erreichen.

England war damals nach einer langen Phase eigener Zollschutzpolitik und nach langem Kampf gegen Napoleon und die von diesem verhängte „Kontinental Sperre“ zur weltweit stärksten Industriemacht aufgestiegen. „Während mehr als zwanzig Jahren schnitten englische Kriegsschiffe industrielle Nebenbuhler ab von ihren respektiven Kolonialmärkten und öffneten gleichzeitig diese Märkte gewaltsam dem englischen Handel. Die Losreißung der südamerikanischen Kolonien von ihren europäischen Mutterländern, die Eroberung aller bedeutenden französischen und holländischen Kolonien durch England, die allmähliche Unterjochung Indiens verwandelten alle diese Länder in Kunden für die englische Industrie. England ergänzte so den zu Hause geübten Zollschutz durch den dem Auslande, wo es nur irgend anging, aufgezwungenen Freihandel. Dank dieser glücklichen Mischung beider Systeme befand es sich am Schlusse des Krieges 1815 im Besitz des tatsächlichen Monopols des Welthandels, wenigstens für alle entscheidenden Industriezweige“, beschreibt Friedrich Engels in seinem 1888 erschienenen Vorwort zur amerikanischen Ausgabe der Rede von Marx.

Da die englischen Fabrikanten den Auftritt von Marx auf ihrem Brüsseler Freihandelskongress verhinderten, trug dieser seine Rede kurz danach in der Demokratischen Gesellschaft in Brüssel vor, einem internationalen Verein, dessen Vizepräsident er damals war. Marx verspottet die Fabrikanten in seiner Rede, vor allem wegen der Scheinheiligkeit ihrer Argumente in Broschüren, die diese kurz zuvor bei ihrer Kampagne für die der Korngesetze in großen Auflagen in England in Umlauf gebracht hatten. So argumentierten die englischen Fabrikanten darin, dass die Korngesetze, d.h. der damit verbundene Zoll auf

importiertes Getreide, schuldig seien am Elend der englischen Arbeiter, weil der Zoll den Preis des Getreides und damit des Brotes erhöht. Ein Ökonom namens Dr. Bowring soll damals sogar ausgerechnet haben, wie viel Stück Vieh, Schinken, Speck und Hühner die englischen Arbeiter mehr konsumieren könnten, wenn die Korngesetze fallen – während zur gleichen Zeit die Kinderarbeit in den Fabriken in immer neue Höhen wuchs und Tausende von Arbeitern wegen einer aufkommenden Krise auf die Straße gesetzt wurden. Das Argument stimmt, räumt Marx in seiner Rede ein. „Kein Zweifel, wenn der Preis aller Waren fällt, und dies ist die notwendige Konsequenz des Freihandels, so kann ich mir für einen Franc weit mehr Dinge als vorher verschaffen.“ Er weist aber zugleich nach, dass die Fabrikanten in der gleichen Zeit den Lohn der Arbeiter viel stärker gesenkt haben, als der Brotpreis jemals gestiegen war. Auch die anderen Argumente der Fabrikanten für den Freihandel nimmt er auseinander.

Marx' Fazit:

„Diese ganze Argumentation läuft auf folgendes hinaus: Der Freihandel vermehrt die Produktivkräfte. Wenn die Industrie im Wachstum begriffen ist, ... so steigt auch der Preis der Arbeit und folglich der Lohn. Die günstigste Bedingung für den Arbeiter ist das Anwachsen des Kapitals. Und man muß dies zugeben.“ Würde die Industrie nicht wachsen, sondern stagnieren, wäre der Arbeiter das erste Opfer, fährt er fort. Aber: Auch bei ständigem Wachstum des Kapitals wächst am Ende auch das Elend der Arbeit, weil die ständig fortschreitende Teilung der Arbeit den Arbeiter immer mehr ins Elend drückt. Trotzdem, so Marx am Ende seiner Rede, sei er für den Freihandel. Denn dieser „zersetzt die bisherigen Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel.“ In der Diskussion über diesen Text kam u.a. zur Sprache, dass die Marxsche Verelendungstheorie durch die Geschichte widerlegt ist. Insbesondere die selbständige Organisation der Arbeiter in den Gewerkschaften, aber auch die mit der Erhöhung der Produktivität verbundene weitere Differenzierung und höhere Qualifizierung der Arbeitskräfte hat diese Befürchtung von Marx widerlegt. Auch hat der Freihandel nicht zur Verelendung

der Gebiete der heutigen sog. „Dritten Welt“ geführt, sondern – siehe China, siehe die BRICS-Staaten, aber auch viele andere Volkswirtschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika – zu einem wachsenden Wohlstand auf der Welt. Wobei die aktuelle ökonomische Theorie ebenso wie die Regeln des GATT und der WTO seit dem 2. Weltkrieg einen zeitweiligen Zollschutz für neue, aufkommende Industrieregionen ausdrücklich erlauben – aber eben nur zeitweise. Sobald sich solche „Zollschutzsysteme“ zu verewigen suchen, weil sie z.B. eine wichtige staatliche Steuerquelle werden, droht diesen vermeintlich geschützten Industrieregionen wieder der wirtschaftliche Abstieg – zumeist, weil dann Innovationen in neue Produkte und Prozesse vernachlässigt werden.

ArGe-Thema „Feine Unterschiede“ – Lektürebericht

Das Leben der Einzigartigen – „Feine Unterschiede“ im 21. Jahrhundert

BRUNO ROCKER, Berlin

Mit seinem 1979 zunächst im französischen Original veröffentlichten Hauptwerk „Die feinen Unterschiede“ gelang dem Soziologen Pierre Bourdieu (1930-2002) ein Meilenstein in der Geschichte der Soziologie. Für die Analyse und Beschreibung moderner Gesellschaften verwarf er die bis dahin übliche Betrachtung der rein ökonomischen Unterschiede zwischen Unter-, Mittel- und Oberklasse als völlig unzureichend. Bourdieu öffnete deshalb das grobe Schema der ökonomischen Unterschiede zur Kultur hin und entwickelte damit weitere Unterscheidungsmerkmale wie kulturelles, soziales und symbolisches Kapital. Erst damit gelang ihm die Beschreibung „feiner Unterschiede“ zwischen Klassen, Schichten und Milieus sowie die Erklärung mancher gesellschaftlicher Phänomene. Zudem führte er den Begriff des „Habitus“ ein, um Unterschiede in Lebensstil und Gewohnheiten zu veranschaulichen.

Bourdieu's Unterscheidungsmerkmale

Es macht Sinn, sich des „Instrumentenkastens“ Bourdieus erneut zu vergewissern, will man die Umbrüche in der heutigen Gesellschaft nachvollziehen:

Kulturelles Kapital: Nicht allein ökonomisches, auch vorhandenes kulturelles Kapital bestimmt die Stellung eines Menschen in der Gesellschaft. Die Aneignung kulturellen Wissens und kultureller Kompetenz z.B. verspricht gesellschaftlichen Aufstieg. Wer Abitur hat, viel gelesen hat und Fremdsprachen spricht, verbessert seinen sozialen Status.

Soziales Kapital: Darunter versteht Bourdieu die „Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind.“

Symbolisches Kapital: Jemand mit viel ökonomischem Kapital kann durch Spenden, und Sponsoring seinen Reichtum für Projekte einsetzen, auch um damit symbolisches Kapital zu erwerben, das ihm in der Gesellschaft ein besseres Image verschafft. Unterschiedliche Kapitalformen korrespondieren in diesem wie auch in anderen Fällen miteinander.

Der Habitus: Der Habitus bleibt unveränderbar, unabhängig von sozialen Aufstiegen und Abstiegen. Er ist die Gesamtheit unserer Gewohnheiten Gesten und Vorlieben, die Art, wie wir reden und uns bewegen. Der Habitus prägt auch unseren Geschmack. Und der Geschmack bewirke, schreibt Bourdieu: „Dass man hat, was man mag, weil man mag, was man hat.“

„Feine Unterschiede“ im 21. Jahrhundert

Sind die Methoden Bourdieus heute noch anwendbar? Das ist

Wobei auf der anderen Seite die Entscheidung pro Freihandel und gegen Zollschutz oder andere Formen von „Schutz der heimischen Industrie“ bis heute keineswegs leicht und konfliktfrei verläuft.

In der alten Bundesrepublik Deutschland etwa gab es noch Anfang der 1970er Jahre eine harte Auseinandersetzung um die Frage, ob „deutsche Werften“ und die „deutsche Textilindustrie“ gegen die Konkurrenz aus Asien – damals vor allem aus Ländern wie Südkorea, Japan, Hongkong, Taiwan usw. – geschützt werden müsse. Die Entscheidung gegen solchen Schutz führte am Ende zum Zusammenbruch großer Teile der hiesigen Werftindustrie. Deren Folgen sind in Bremen, dem „Armenhaus der Republik“, bis heute nicht überwunden.

umstritten. Der Wiener Philosoph Liessmann betont: „Es gibt keine einheitlichen Milieus mehr und somit auch keine Einheit der Interessenlagen.“

Der Soziologe Ulrich Beck hat 1986 in seiner Arbeit „Die Risikogesellschaft“ darauf hingewiesen, dass aus seiner Sicht die traditionellen Einschließungen und Zuordnungen längst verschwunden seien. Stattdessen ginge es inzwischen vielmehr um Flexibilität, individuelle Entscheidungen und Risikobereitschaft.

In der 2016 erschienenen Studie „Die Abstiegs-gesellschaft“ des Soziologen Oliver Nachtwey tauchen Bourdieus unterschiedliche Kapitalformen dennoch wieder als Bezugspunkte auf. Natürlich gibt es Erweiterungen. Nachtwey nutzt z. B. als Metapher für gesellschaftliche Entwicklungen nunmehr die Rolltreppe: Auf- und Abstiege hatten zuvor noch eine kollektive Dimension. In Ulrich Becks „Fahrstuhl“ fahren noch alle gemeinsam nach oben. Auf der „Rolltreppe“ Nachtweys hingegen können sich auch die Abstände zwischen den einzelnen Individuen verändern, wenn sie auf der fahrenden Rolltreppe nach unten oder oben auf- oder absteigen.

Was von Pierre Bourdieu bleibt, ist vor allem die hohe Differenzierung, mit der er die Gesellschaft beschreiben konnte. Seine Methode, „feine Unterschiede“ zu machen, ist deshalb auch heute noch, trotz aller gesellschaftlichen Veränderungen, absolut sinnvoll.

Die Gesellschaft der Singularitäten

Untersucht werden in diesem 2017 veröffentlichten Werk von Andreas Reckwitz die Umbrüche der gesellschaftlichen Verhältnisse in den letzten 30 bis 40 Jahren. Heute finden wir laut Reckwitz, abgesehen von der Entwicklung in der Oberklasse, demnach folgende Drei-Drittel-Gesellschaft vor:

– Die neue Akademiker-Mittelklasse mit ihrem singularistischen Lebensstil als kulturell dominante Trägergruppe der postindustriellen Spätmoderne.

– Die alte, nichtakademische Mittelklasse, also Angestellte mit Berufsausbildung, noch mit abgesicherten Positionen tätige Facharbeiter sowie lokale Selbstständige mit mittlerem ökonomischem Kapital.

– Die neue Unterklasse mit ihren heterogenen Gruppen von Beschäftigten in den einfachen Dienstleistungen, von prekär und Mehrfachbeschäftigten, von Industriearbeitern jenseits der Normalarbeitsverhältnisse.

Reckwitz verwendet zunächst den Begriff der nivellierten Mittelstandsgesellschaft für die Nachkriegszeit bis in die achtziger Jahre hinein und erstreckt diesen Begriff auf alle westlichen Industrie-gesellschaften. In diesen Gesellschaften dominierte demnach noch die alte Mittelschicht als Träger von „Mitte und Maß“ mit ihren Standards der Normalität von der Kleinfamilie, den Normalarbeitsver-

hältnissen bis hin zu den Volksparteien. Seit den 1970er, spätestens 80er Jahren ist es damit vorbei. Laut Reckwitz sind vor allem drei Entwicklungen für das Ende der industriellen Moderne maßgeblich:

Der technologisch-wirtschaftliche Wandel mit der Verringerung der Zahl der Industriearbeiter bei gleichzeitigem Anstieg der hochqualifizierten und niedrigqualifizierten Dienstleistungen, die Bildungsexpansion, das heißt der Anstieg der Akademikerquote von ehemals 5 auf inzwischen 30 Prozent, sowie der Wertewandel von den Pflicht- und Akzeptanzwerten zu den Selbstverwirklichungswerten nach 1968.

Die hochqualifizierte „neue Mittelklasse“ ist für Reckwitz nunmehr die tonangebende, soziale Gruppe der Spätmoderne, wiederum in allen westlichen Industriegesellschaften. Es handelt sich um eine Klasse von Hochschulabsolventen (ein Drittel der Bevölkerung). Sie lebt konzentriert in den urbanen Zentren. Was den Zusammenhalt dieser Gruppe ausmacht, ist weniger die Höhe des Einkommens, als vielmehr die Kultur ihres Lebensstils. So sehr für die alte Mittelstandsgesellschaft der Lebensstandard im Zentrum stand, so sehr strebt diese neue akademische Mittelklasse nach Lebensqualität. Die Klasse ist ambitioniert. Das Leben soll Qualität haben, es soll nach Möglichkeit in allen seinen Bestandteilen wertvoll sein. Wertvoll ist in der Regel das authentisch Erscheinende und Besondere, das Singuläre.

Der neuen Mittelklasse stehen die beiden anderen Drittel der Drei-Drittel-Gesellschaft gegenüber. Da ist zunächst die neue Unterklasse, u.a. entstanden aus der Deindustrialisierung ehemaliger Kernbereiche der Industriegesellschaften wie Bergbau und Energie, entstanden aber auch aus der Zunahme der neuen niedrigqualifizierten Dienstleistungen z.B. in der Logistik oder in privaten Haushalten. Andere Soziologen sprechen in diesem Zusammenhang auch von der Rückkehr von Verhältnissen aus dem Feudalismus. Das Leben der Unterklasse bildet gewissermaßen das Kontrastprogramm zum Leben der Akademikerklasse. Man fährt sein Leben auf Sicht, ist für Krankheiten anfällig, die Ernährung erscheint ungesund, die Erziehung der Kinder verläuft anregungsarm usw.

Das verbleibende Drittel der Drei-Drittel-Gesellschaft, die alte nicht akademische Mittelklasse schrumpft. Sie umfasst ein Milieu mit mittleren Bildungsabschlüssen, Angestellte mit Berufsausbildung, Handwerker, Facharbeiter. Sie sind mehr in den Kleinstädten anzutreffen, weniger in den Metropolen. Ihre Bildungsabschlüsse gelten inzwischen als entwertet. Häufig spielt eine stärkere Ortsgebundenheit sowie eine konventionelle Orientierung am materiellen Lebensstandard und an Sicherheitsbedürfnissen eine Rolle.

Die drei Klassen der postindustriellen Gesellschaft stehen nach Reckwitz einander fremd gegenüber. Man wohnt in verschiedenen Regionen und städtischen Vierteln, schickt seine Kinder auf unterschiedliche Schulen und pflegt auch eher keine persönlichen Kontakte untereinander.

Bausteine des Lebensstils

Dem Angehörigen der neuen akademischen Mittelklasse geht es um erfolgreiche Selbstverwirklichung, d.h. um persönliche Befriedigung im Rahmen eines anerkannten sozialen Status. Die permanente Investition in den sozialen Status spielt eine große Rolle. Das kreative Subjekt muss, will es auf der Höhe der Zeit sein, ständig die kulturellen Märkte beobachten, muss mit Risiken und Chancen umgehen. Das gilt für die Dynamik des Arbeitsmarktes, aber auch für den Partnerschaftsmarkt, den Immobilien- und Anleihemarkt sowie den Bildungsmarkt. Für den Lebensstil der neuen Mittelklasse sind einige Praktiken in bestimmten Bereichen von herausgehobener sozusagen stilbildender Bedeutung. Das sind Essen und Ernährung, Wohnen und die Wohnung, das Reisen, Bewegungskulturen des Körpers, Erziehung und Schulbildung.

Essen: Bedeutsam sind Herkunft und Qualität der Nahrungsmittel,

Gerichte, Getränke und Esskulturen. Das Essen ist Gegenstand der Sorge, des Genusses und Erlebens, des Wissens und der Kompetenzen, mithin des sozialen Prestiges geworden.

Wohnen: Der Wohnort ist zu einer Frage des besonderen kulturellen Wertes geworden. Stadtviertel haben ihr jeweils eigenes Image, werden mit spezifischen Eigenschaften assoziiert. Das Alltagsdesign der Wohnung wird zum Gegenstand der alltäglichen kreativen Kuratierung.

Reisen: Eine Schlüsselpraxis in der Lebensführung der Akademikerklasse, indem es um Suche nach besonderen Orten und Momenten in ihrer Authentizität geht, versteht sich häufig als dezidiert antitouristisch.

Körper: Auch der Körper wird zu einem Gegenstand bewusster Gestaltung, Aktivierung und Erfahrung. Es geht auch um Bewertungen von gesunden und gewandten Körpern, die den ungesunden, übergewichtigen und unbeweglichen gegenüber stehen.

Erziehung und Schule: Erziehung und Schule sind der Ort, an dem sich die beiden wichtigsten Motive der Lebensführung der Akademikerklasse, der Wunsch nach Selbstentfaltung und das Streben nach sozialem Prestige, verbinden. Förderung und Begleitung der Schullaufbahn der Kinder erreichen eine vorher nicht gekannte Intensität.

Der innovationsorientierte Wettbewerbsstaat

Mit dem seit den 80iger Jahren fortschreitenden Umbruch der alten industriellen Moderne hin zum spätmodernen Wettbewerbsstaat beschreibt Reckwitz den seither dominierenden globalen Zusammenhang der grenzüberschreitenden Ströme von Waren, Produktionsabläufen, Wertschöpfungsketten, von Ideen und von Arbeitnehmern. Mit Verweis auf Schumpeter geht es dabei um die Förderung von Innovationen, dessen Kehrseite der Abbau der alten, nicht mehr wettbewerbsfähigen Branchen ist. Wachstum und Beschäftigung durch neue Geschäftsmodelle, aber auch Unterwerfung sämtlicher Bereiche des Sozialen unter die Strukturen des Wettbewerbs.

Gegenbewegungen

Reckwitz fasst unterschiedliche Gegenbewegungen u.a. gegen die Globalisierung, aber auch gegen den kosmopolitischen Lebensstil der neuen Mittelklasse, unter dem Sammelbegriff des Aufstiegs des „Kulturrealismus“ zusammen.

Gemeint sind damit

- Ethnische Gemeinschaften, die eine Politisierung in Form von Identitätspolitik einschließen,
- Tendenzen des Kulturnationalismus
- Versionen eines religiösen Fundamentalismus, vor allem islamischer und christlicher Art
- Formen des Rechtspopulismus

Was den Rechtspopulismus angeht, hebt Reckwitz hervor, arbeitet dieser mit einem Modell, das ausdrücklich nicht von Demokratie, Pluralität und Repräsentation ausgeht, vielmehr ginge es um ein vorgeblich kollektives Interesse des Volkes, dass unmittelbar in politisches Handeln umzusetzen sei. Die Populisten sähen sich in diesem Sinne nicht als Repräsentanten, sondern als Teil des Volkes, als Spitze einer Bewegung –

„Wir sind das Volk“ und „Wir sind das Volk“

Fazit: Wenn Soziologen oftmals den Ansatz wählen, ihr Werk jetzt als „Theorie der Moderne“ schlechthin zu präsentieren, ist immer Vorsicht geboten. Abgesehen davon enthält die Veröffentlichung von Andreas Reckwitz jedoch eine Fülle von wertvollen Hinweisen, Untersuchungen und Material für die aktuellen Parteidiskussionen nach der letzten Bundestagswahl, insbesondere bei Sozialdemokraten und Linkspartei.

Religion nur Privatsache?

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung mischt sich ein

KARL-HELMUT LECHNER, Norderstedt

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hatte für den 26. und 27. Januar nach Berlin zu einem ersten „religionspolitischen Kolloquium“ eingeladen. Sie schrieb dazu in der Einladung: „Das Menschenrecht auf Denk-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit wird öffentlich kontrovers diskutiert, wie sonst keines der Menschenrechte. Dessen universaler Geltungsanspruch wird in einer sozial, kulturell und letztlich auch weltanschaulich auseinanderdriftenden und sich zunehmend polarisierenden Welt von unterschiedlichen Seiten in Frage gestellt.“

In der Vergangenheit hatte die PDS, später Die Linke, das Thema Religion und Religionsgemeinschaften eher mit spitzen Fingern angefasst. Nun gibt es einen konkreten Anlass für die Partei und ihre Stiftung, sich Gedanken über das Verhältnis von Religion und Staat zu machen: Auf dem Bundesparteitag der Linken im Juni 2017 war spät abends der Antrag gestellt worden, alle staatlichen Verträge mit Religionsgemeinschaften, insbesondere mit den Kirchen, zu kappen. Der Antrag war prompt mit antiklerikalem Gestus und dem Wunsch nach klarer Trennung von Staat und Kirche angenommen worden. Am Morgen danach rieb man sich aber dann doch die Augen über das, was da beschlossen worden war. Auf Grund persönlicher Interventionen wurde der beschlossene Antrag vom Vortag wieder gekippt. In Landesregierungen und Kommunen engagierten Genossinnen und Genossen stand jäh vor Augen, was so ein Kappings-Beschluss konkret bedeuten würde: Nicht nur Ende etwa der verhassten Militärseelsorge. Auch Gefängnis- oder Krankenhauseelsorge, Regelungen des Bestattungswesens, des Religionsunterrichtes und aller Kooperationen im Sozialbereich von Diakonie und Caritas fielen weg. Wohl etwas aufgeschreckt reagierte der Parteivorstand der Linken. Er setzte eine religionspolitische Kommission ein.

„Die Qualität dieser Anträge zum Laizismus ... fanden zum Teil auf einem Niveau statt, wo wir sagten, das reicht nicht aus, um solide über diese Themen sprechen zu können“, sagte Cornelia Hildebrandt, Referentin für Parteien und soziale Bewegungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Um das Niveau zu heben, brachte die Stiftung Wissenschaftler, Politiker sowie Vertreter von Christentum, Islam und der humanistischen Weltanschauung zu diesem Kolloquium zusammen.

Islam in der Bundesrepublik Deutschland

Zwei Schwerpunkte wurden behandelt. Zunächst die Anerkennung und Gleichberechtigung des Islams in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist wohl derzeit die größte religionspolitische Baustelle. Um Religionsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes zu gewährleisten, müssen viele praktische Fragen der Religionsausübung religionspolitisch geklärt werden, um es religiös gebunden Menschen ermöglichen, den Islam in Deutschland wirklich zu leben. Muslime bilden nicht nur die größte religiöse Minderheit in Deutschland, sie stehen zudem in besonderer Weise in der Öffentlichkeit: Diskussionen über islambezogene Fragen werden schnell bewusst feindselig geführt. Die Verquickung von schrecklichen Ereignissen in der islamischen Welt mit Muslimen in Deutschland belastet die Debatte. Der heftige öffentliche Streit über die Verträge des Hamburgischen Staates mit islamischen Verbänden steht dafür beispielhaft. Dabei ist es unbestreitbar, dass islamische Gemeinschaften im Moment eben nicht, verglichen mit christlichen oder jüdischen Kirchen



Diese Debatte wird auf weiteren „Religionspolitischen Kolloquien“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt. Ein interessanter Bericht des Deutschlandfunks zu der Veranstaltung ist unter diesem Link nachzuhören: http://www.deutschlandfunk.de/rosa-luxemburg-stiftung-linke-gretchenfrage.886.de.html?dram:article_id=409315

oder Gemeinden, gleichberechtigt sind. Es besteht für den religiös neutralen Staat, der an den Gleichbehandlungsgrundsatz gebunden ist, dringender Handlungsbedarf. Die Voraussetzungen für eine effektive Aufnahme islamischer Gemeinschaften ins religionsverfassungsrechtliche System müssen geschaffen werden.

Es ist bislang die große Ausnahme, dass die Ahmadiyya Muslim Jamaat im Jahr 2013 in Hessen und im Jahr darauf in Hamburg den Status als Körperschaft öffentlichen Rechts erlangen konnte. Für sunnitische Gemeinden war es bislang nicht möglich, diesen für christliche Religionsgemeinschaften normalen Status in den jeweiligen Bundesländern zu erlangen. Die Zuerkennung des Körperschaftsstatus für sich genommen löst sicher nicht alle Probleme. Zu sehr ist der Körperschaftsstatus rechtlich auf die Organisationsform der Kirchen zugeschnitten ist. Er kann aber ausgestaltet werden und bietet dadurch den religionsverfassungsrechtlichen Ausgangspunkt für die notwendige vielfältige Kooperation zwischen staatlichen und kommunalen Strukturen.

„Religion ist Privatsache!“

Sodann ging es um die These: „Religion ist Privatsache!“ – dieser Satz zählt ohne Zweifel zu den Kernüberzeugungen linker, sozialistischer Traditionen und ist nach wie vor virulent. Laizisten in der Linken sind der Auffassung, würde dieser Satz Wirklichkeit, dann hätten wir auch keine Probleme mehr mit und zwischen Religionen in der Gesellschaft. Sie dürften ja gesellschaftlich nicht präsent sein. Laizisten fordern einen Staat, in dem Religion keinen öffentlichen Platz mehr hat. Dazu hielt Professor Heiner Hildebrandt, der Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit der Vereinten Nationen gewesen ist, den Hauptvortrag. Er vertrat: Religionsfreiheit, wie sie formuliert ist in den Menschenrechts-Standards der UNO, setzt voraus, Religion kann öffentlich artikuliert werden. Es sind immer die Menschen, die das tun, daher kann Religion nicht in die Privatsphäre abgeschoben werden. Wenn manche für sich selber sagen, „Religion ist meine Privatsache, ich möchte das lieber für mich behalten, ist das okay, aber ein Abdrängen in die Privatsphäre wäre ein Akt der Repression.“ Die als Menschenrecht verbriefte Religionsfreiheit ist ein Recht der Menschen, nicht der Religionen, auch öffentlich Zeugnis abzulegen, öffentliche religiöse Symbole zu zeigen, Demonstrationen durchzuführen. Unsere Gesellschaft wird durch die Praxis dieses Rechtes pluralistisch, „... da gibt es nicht nur Kirchen, die da ihre Glocken läuten, sondern es gibt auch Moscheen mit Minaretten, die man erkennen kann. Also die Öffentlichkeit, der öffentliche Raum ist Bestandteil der geschützten Religionsfreiheit.“ Strukturen müssen geschaffen werden, die einen angstfreien Pluralismus fördern.